

Einen anderen

改道

Weg gehen...

N°66 - 06.2016

GÄIDÃO

ZEITSCHRIFT DER ANARCHISTISCHEN FÖDERATION



FDA - IFA

IN DIESER AUSGABE

Gestrandet in Idomeni – Zwischen staatlicher Repression, Selbstorganisation und dem Willen durchzuhalten
Der anarchistischen Bewegung ein Gedächtnis geben: Interview mit dem AnArchiv
Ende Gelände – Alles super? Viva LAUtonomia! – Eine solidarische Kritik



**02**[改道] Gai Dào
N°66 - Juni 2016

Editorial

Hallo Gefährt*innen und alle, die es noch werden wollen!

Wieder ist ein Monat um und wieder haben wir fleißig für euch an der Gai Dào gearbeitet. Schön, dass ihr auch wieder dabei seid. Und auch diesen Monat findet ihr viele Themen, die zum Nachdenken anregen sollen.

Idomeni hat ja bereits einige traurige Bekanntheit erlangt und auch die aktuellen Entwicklungen lassen die Geflüchteten vor Ort nicht zur Ruhe kommen. Die Politik hat beschlossen, das Geflüchtetenlager in Idomeni räumen zu lassen. Die EU schottet ihre Außengrenzen einfach weiter ab und ist nicht an einer menschenwürdigen Lösung interessiert. Wir wünschen den Menschen vor Ort viel Kraft – bis endlich alle Grenzen eingerissen sind. Im Artikel zu Idomeni geht es dann auch um die Situation im wachsenden Auffanglager und die Versuche von Hilfe vor Ort.

Auch stark im Fokus der Öffentlichkeit standen die Aktionen des massenhaften zivilen Ungehorsams gegen den Braunkohleabbau in der Lausitz. Drei Tage wurden effektiv Tagebau und Kraftwerke von Aktivist*innen blockiert – im Kraftwerk Schwarze Pumpe musste daraufhin die Leistung massiv gedrosselt werden. Ein großer Erfolg, aber noch immer sitzen Gefährt*innen in (Untersuchungs-) Haft. Wir hoffen auf eine schnelle Freilassung. Kurz danach kam es dann auch leider zur Räumung der ebenfalls in der Lausitz liegenden Waldbesetzung LAUtonomia – auch ihnen gilt unsere Solidarität! Im passenden Artikel geht es um die Ereignisse rund um Klimacamp, Waldbesetzung und um eine solidarische Kritik an den Ende Gelände-Massenaktionen.

Hingewiesen sei zudem auf zwei Artikelreihen, die in dieser Ausgabe starten. Zum einen eine Artikelserie über Anarchistische Stadtpolitik, die nach einem Vortrag in Berlin verfasst wurde. Zum anderen eine Reihe von Eindrücken über anarchistische Geschehnisse in Südamerika, die auf einer Reise von Gefährt*innen gesammelt werden und uns „über den Tellerrand“ schauen lassen sollen.

Wir hoffen, ihr findet viele Inspirationen und Diskussionsanregungen. Wir freuen uns immer über Feedback.

Bis dahin verbleibt mit solidarischen Grüßen,
das Gai Dào-Redaktionskollektiv



Das Titelfoto "Scheiß Arbeitsgesetz" wurde auf der Demo am frankreichweiten Aktionstag gegen das neue Arbeitsgesetz am 31.03.2016 in Strasbourg aufgenommen.

Impressum:

Herausgeber*innen:
Vi.S.d.P.:

[改道] Gai Dào - Redaktionskollektiv
Gai Dao
c/o Alarm e.V.
Postfach 10 01 61
77621 Offenburg
Eigenverlag
monatlich
redaktion-gaidao@riseup.net

Druck und Verlag:
Erscheinungsweise:
Kontakt:

[改道]

ÜBER UNS

[改道] Gai Dào ist die monatliche Zeitschrift der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen (FdA).

Wir verstehen die [改道] Gai Dào trotzdem als autonomes Projekt, das auch Menschen, Gruppen und Strukturen offensteht, die keine Mitglieder der FdA sind, sofern sie die Ideen des Anarchismus und die Prinzipien der FdA unterstützen, gerne auch solidarisch-kritisch.

Wir bieten einen monatlichen Querschnitt von Theorie und Praxis der anarchistischen und ihr nahestehender Bewegungen auf lokaler und besonders auf internationaler Ebene.

Dabei verstehen wir die [改道] Gai Dào als explizit pluralistisches Medium, das Raum für verschiedene anarchistische Strömungen bietet, sowie darüber hinaus allen, die sich für eine Überwindung der bestehenden Verhältnisse, hin zu einer befreiten Gesellschaft einsetzen.

Wir freuen uns immer über Artikel, Rezensionen, Gedichte, Aufrufe, Fotos, Zeichnungen, oder Terminzusendungen. Besonders freuen wir uns über Menschen, die dauerhaft an der Gaidao mitarbeiten wollen, sei es als regelmäßige*r Autor*in, Übersetzer*in oder im Layout.

Wir behalten uns natürlich vor, zugesandte Beiträge nicht zu veröffentlichen, die unseren Prinzipien im Besonderen und die des Anarchismus im Allgemeinen entgegenstehen oder diese unsolidarisch diffamieren.



Alle Ausgaben unter: www.fda-ifa.org/gaidao

Inhalt

Weltweit



- 04** *Gestrandet in Idomeni*
Zwischen staatlicher Repression, Selbstorganisation und dem Willen durchzuhalten
- 08** *Wie lässt sich eine Internationale Arbeiter*innen-Assoziation legalisieren, die eine anarchokommunistische Zielsetzung hat?*
Eine Glosse zu den Vorschlägen der spanischen CNT
- 10** *Über den Tellerrand geschaut Teil 1*
Ein Anarchosyndikat für Santiago de Chile

Kultur & Alltag



- 12** *Gedicht: Erde brennt*

Bewegung



- 13** *Der anarchistischen Bewegung ein Gedächtnis geben*
Ein Interview mit zwei Genossen vom AnArchiv in Neustadt an der Weinstraße
- 16** *Anarchistische Stadtpolitik Teil 1*
Bericht von einer Veranstaltung der AG Neukölln
- 29** *Bericht zu den Anarchistischen Tagen in Jena*

Analyse & Diskussion



- 20** *Antwortend schreiten wir voran...*
Eine Antwort auf den Text "Anarchismus, gesellschaftlicher Wandel und die konkrete Utopie der befreiten Gesellschaft" in der Gai Dao Nr. 65
- 23** *Ende Gelände - Alles super? Viva LAUtonomia!*
Eine solidarische Kritik

Termine



- 31** *FdA hautnah*
Regelmäßige Termine der FdA-Mitglieder

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Broschüre solange Eigentum der/des Absender*in, bis es den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Broschüre den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es der/dem Absender*in mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.
Verteiler*in bzw. Absender*in ist nicht identisch mit den Ersteller*innen.



Hinweis zur Sprache:

Das in den Texten verwendete „*innen“ (Gender Gap) soll die Funktion haben, dass nicht nur weiblich oder männlich sozialisierte Menschen beachtet werden, sondern auch Menschen, die sich selbst zwischen bzw. außerhalb der Zweigeschlechtlichkeit verorten.



Gestrandet in Idomeni – Zwischen staatlicher Repression, Selbstorganisation und dem Willen durchzuhalten

Das kleine Örtchen Idomeni liegt im Norden Griechenlands an der Grenze zum Balkanstaat Mazedonien. Seit dem Jahr 2014 durchqueren Geflüchtete diese Region, um über die griechisch-mazedonische Grenze nach Mazedonien zu kommen und entlang der Balkanroute in den europäischen Westen zu gelangen. Für Menschen, die vor Krieg, Terror, politischer Verfolgung und Hunger fliehen oder die einfach nur auf der Suche nach einem lebenswerteren Leben sind, war dieser Ort bis Ende Januar 2016 nur ein Zwischenstopp auf der Weiterreise.

★ Von: Anton Anders

Im sogenannten Auffanglager Idomeni befanden sich nie mehr als 2000 Menschen gleichzeitig. Seitdem die Balkanroute geschlossen ist, platzt das Lager in Idomeni aus allen Nähten, weitere Camps um das Dörfchen entstehen. Derzeit befinden sich schätzungsweise 15.000 Menschen auf der Flucht in den Camps in und um Idomeni herum, deren Infrastruktur von Geflüchteten, Aktivist*innen und vielen Unterstützer*innen auch aus der Bevölkerung der anliegenden Ortschaften am Laufen gehalten wird.

Die Festung Europa schottet sich ab

Seit Ende Januar / Anfang März 2016 scheinen alle Wege in den europäischen Westen hermetisch abgeriegelt. Ab dem 9. März schlossen mehrere Staaten, die auf der offiziellen Balkanroute liegen, ihre Grenzen für Geflüchtete. Hindurch kommt nur noch, wer entsprechende Papiere besitzt. Eine Demonstration staatlicher Machtpolitik, die Menschen in ihren Grundrechten, in ihrem Recht auf ein lebenswertes Leben und in ihrer Bewegungsfreiheit einschränkt.¹

Die Zahl der Menschen, die in Griechenland stranden und zum Verharren verdammt sind, wächst unentwegt, sei es auf den Inseln Lesbos und Chios, sei es im Hafen von Piräus in Athen. Ein Weiterkommen ist nicht in Sicht. Am 8. März beschlossen Österreich, Kroatien, Serbien und Mazedonien, ihre Grenzen zu schließen und nur noch Menschen mit europäischen Pässen oder entsprechendem Visa passieren zu lassen. Die offizielle Balkanroute ist somit nahezu

unpassierbar. Ein hoher Stacheldrahtzaun entlang der mazedonischen Grenze symbolisiert die Mauer zum restlichen Europa, symbolisiert das Gefängnis Griechenland, dessen äußerste Begrenzung in Idomeni liegt. Was bleibt, ist lediglich eine Ausweichroute über Bulgarien. Diese als Familie mit Kindern zu meistern, ist jedoch nahezu ein Ding der Unmöglichkeit.



Organisierter Menschenhandel – Der EU-Türkei-Deal

Wie entwürdigend, entrechtend und kaltblütig die rassistische Politik ist, die Menschen - in dem Fall Menschen auf der Flucht - wie Spielbälle behandelt und die von Europa und der Türkei vorangetrieben wird, zeigte nicht zuletzt der EU-Türkei-Deal. Der am 18. März 2016 beschlossene Pakt zwischen der türkischen Regierung und der Europäischen Union besagt, dass alle in Griechenland ankommenden Geflüchteten wieder in die Türkei abgeschoben werden sollen. Für jeden „zurückgeführten“ syrischen Menschen soll als „Gegenleistung“ ein syrischer Mensch Asyl in Europa bekommen. Man sollte sich nochmal ins Bewusstsein holen, dass wir hier von Menschen und nicht von irgendwelchen Objekten oder materiellen Gegenständen sprechen. Griechenland errichtete dafür militärisch abgesicherte Camps, in denen weder Medien noch unabhängige Organisationen Zutritt haben. Und was ist mit Menschen, die aus Nationen wie Pakistan, Afghanistan oder dem Irak kommen? Die dürfen selbstverständlich in der Türkei bleiben, einem Land, in dem grundlegende Menschenrechte und vor allem Minderheitenrechte de facto nicht existieren, einem Land, in dem Geflüchtete gewaltsam zurück in Bürgerkriegsländer abgeschoben werden, einem Land,



in dem insbesondere Geflüchtete staatlicher Willkür, Inhaftierungen und Repression ausgesetzt sind. Auch die Fassade des vermeintlich demokratischen und auf Menschenrechte bedachten Europas, allen voran Deutschland, beginnt allmählich sichtbar zu bröckeln – nicht verwunderlich in Zeiten, in denen ein ganzer Kontinent nach rechts driftet. Jedoch sind ebenso wahrnehmbar vermehrt Gegner*innen dieser offensichtlich menschenfeindlichen Politik auszumachen. Menschen, die sich noch vor zwei Jahren im Nest des neoliberalen Westens wohlfühlten, beginnen sich allmählich zu politisieren und erkennen, dass Staatlichkeit zu den Wurzeln der gegenwärtigen Krisenherde gehört. Steuern wir hier womöglich bald auf einen großen Knall zu?

Die Zeltlager in und um Idomeni

In Idomeni gibt es neben dem Hauptcamp, in dem derzeit ca. 10.000 Menschen leben, drei weitere Camps. An einer besetzten Tankstelle in Polykastro, die an der Autobahn nach Thessaloniki liegt und etwa 15 Kilometer von Idomeni entfernt ist, leben ca. 2000 Menschen. Zwischen diesen beiden Camps existieren zwei weitere kleine Camps an einer stillgelegten Tankstelle sowie an einem Hotel mit insgesamt etwa 1500 Geflüchteten. Der Aufenthalt außerhalb der Zeltstädte gestaltet sich für die meisten dort lebenden Menschen als schwierig. Nur wenige besitzen eine sechsmonatige Aufenthaltserlaubnis und dürfen sich frei in Griechenland bewegen. Die griechische Ausländerbehörde bietet sogenannte „Skype Calls“ für Geflüchtete an, um sich „offiziell“ zu registrieren. In der Praxis jedoch funktioniert das nicht. Wer sich ohne Erlaubnis außerhalb der Camps bewegt, läuft Gefahr, von der griechischen Polizei in sogenannte „Military Camps“ gebracht zu werden. Dort droht die Abschiebung in die Türkei, was angesichts der herrschenden Politik der türkischen Regierung mit weiteren Entrechtungen einhergeht.

Von den großen NGOs (Internationales Rotes Kreuz, UNHCR) ist weit und breit nichts mehr zu sehen außer deren Zelte, die aber bereits vor Monaten aufgestellt wurden. Diese Organisationen ziehen es offensichtlich vor, in den staatlich gesicherten Militärcamps zu agieren, in denen die Menschen geradezu zu einer Rückkehr in die Türkei

verdammt sind, um anschließend ihre großzügige Helfertätigkeit in gewohnter Charity-Manier auf Facebook abzufeiern. Oder um Pressemitteilungen zu veröffentlichen, die nicht nur den Kern des Problems verfehlen – nämlich die Existenz von Grenzen, durch die menschenrechtseinschränkende, staatliche Hoheitsansprüche gesichert werden sollen – sondern mit denen sie sich gar zu Helfershelfern der staatlichen (in diesem Fall der aus dem EU-Türkei-Deal entsprungenen) Abschiebepolitik machen. Von der propagierten „Unparteilichkeit“ dieser NGOs, die sich in erster Linie dazu verschrieben haben, Menschen in Notsituationen Hilfe zu bieten, ist gerade weit und breit nichts zu sehen. Vielmehr ergreifen sie Partei - Partei für Staaten wie Griechenland oder die Türkei oder für Staatenbündnisse wie die Europäische Union.²

An der Aufrechterhaltung einer Infrastruktur in diesen Camps ist jedoch weder die griechische Regierung beteiligt, noch sind, wie oben bereits erwähnt, staatlich anerkannte NGOs, ausgenommen Ärzte ohne Grenzen, in diesem Gebiet wahrnehmbar. Vielmehr sind es neben vielen weiteren unabhängigen Organisationen solche Gruppen wie Aid Delivery Mission, Shorba Crew, Dresden-Balkan-Konvoi, SolidariTEA, Team Banana oder der Frankenkonvoi, die zusammen mit den Bewohner*innen und der umliegenden Bevölkerung den Campalltag organisieren. Hin und wieder gelingt es sogar, aus diesem auszubrechen.

To break through the borders!

Der Wille der Menschen, die scheinbar hermetisch abgeriegelten Grenzen zu überqueren, ist ungebrochen. So versuchten am 14. März 2016 etwa 2000 Menschen nahe Idomeni, den Grenzfluss von Chamilo nach Mazedonien in die Ortschaft Gevgelija zu überqueren. Supporter*innen halfen dabei, die Überquerung des reißenden Flusses für Kinder, kranke und alte Menschen sowie schwangere Frauen mithilfe eines gespannten Seils zu erleichtern. Leider glückte die Aktion nicht, denn die meisten Menschen, die die andere Seite des Ufers erreichten, wurden von den mazedonischen Behörden zurück nach Griechenland deportiert. Die öffentliche Debatte drehte sich natürlich





im Nachgang nicht um den Kern des Problems, also die Existenz von Grenzen sowie die Politik Europas und der Türkei, sondern um die Frage, wer die Organisator*innen dieser Aktion gewesen seien. Dies wurde wiederum damit beantwortet, dass ja nur Aktivist*innen dafür verantwortlich sein könnten. Ausgangspunkt der Debatte bildete dabei der Punkt, dass drei afghanische Menschen – wohlgerne selbstverantwortlich handelnde Individuen – beim Versuch, den Fluss zu überqueren, ums Leben kamen. Mit der Schuldsuche geht die Annahme einher, dass Geflüchtete wahrscheinlich gar nicht in der Lage seien, gegen das Unrecht zu kämpfen, welches ihnen widerfährt. Dass es sich bei den in und um Idomeni gestrandeten Menschen jedoch nicht um eine starre, gesichtslose Masse handelt, sondern um Menschen mit Namen, Berufen, Hobbys und eigener Persönlichkeit, das geht aus den

aller-wenigsten Berichten weißer Medien hervor. Es findet also neben der oben beschriebenen Verfehlung des Kernproblems zudem eine rassistische Betrachtung der Zustände statt. Infolge des Versuchs, durch die Flussüberquerung die Grenze hinter sich zu lassen, kam es natürlich zu massenhaften Ingewahrsamnahmen seitens der griechischen sowie der mazedonischen Polizei.

Ein weiterer Versuch, die Mauern zu durchbrechen, fand am Sonntag, dem 10. April 2016, statt. Rund 10.000 Menschen versuchten in Idomeni, den Grenzzaun nach Mazedonien, der direkt ans Camp grenzt, zu überwinden. Das Vorhaben war zum Scheitern verurteilt. Das mazedonische Militär, welches durch Österreich und Kroatien unterstützt wird, antwortete mit Tränengasgranaten, Gummigeschossen und Kampfhubschraubern. Oben bereits erwähnte Debatte wiederholte sich³, Schuldige wurden gesucht und sind schnell gefunden: Das können ja nur Aktivist*innen organisiert haben. Was mit dieser Taktik der Schuldsuche durch die griechische Regierung erwirkt werden sollte, mussten einige Supporter*innen in den Folgetagen an Leib und Seele erfahren. Menschen wurden kriminalisiert, wegen Nichtigkeiten zum Teil mehrere Tage eingesperrt. Menschen mussten körperliche wie seelische Misshandlungen über sich ergehen lassen. Polizist*innen versuchten durch Gewalteinwirkung, Geständnisse bezüglich der Vorgänge am 10. April 2016 zu erpressen.⁴ Auch der Anteil der Menschen, die offensichtlich im Auftrag des griechischen Geheimdienstes agieren, stieg sprunghaft. So konnten vermehrt Pick-ups mit getönten Scheiben gesichtet werden, aus denen Film- und

Videoaufnahmen gemacht wurden. Anquatschversuche von Staatsbediensteten verliefen jedoch zumeist ins Leere, denn besonders clever stellten sie sich dabei nicht an. Was erreicht werden sollte, war allen klar: Durch eine Kriminalisierung und Einschüchterung unabhängiger Support-Strukturen sollte ein Zerfall selbiger erreicht werden. Somit wäre die Schnittstelle zwischen den Menschen, die gezwungen sind, in den Camps zu verbleiben und den Menschen, die die Möglichkeit haben, das Camp mit grundsätzlichen Dingen wie Nahrungsmitteln, Hygieneartikeln und Kleidung von außen auszustatten, zerstört. Doch noch immer tummeln sich solidarische Strukturen in und um Idomeni – die Einschüchterungsversuche und das temporäre Sperren der Zufahrtswege zu den Camps haben kaum Wirkung gezeigt.



Organisieren, Interagieren, Harmonisieren

Trotz all der europäisch organisierten Ungerechtigkeit, die auf die Menschen in und um Idomeni und auch deren Unterstützer*innen einprallt, trotz all der Repression des griechischen Staates und den bisher erfolglosen Auseinandersetzungen mit dem mazedonischen Militär bleibt die Auf-

rechterhaltung der Camp-Infrastruktur eine Meisterleistung in Sachen Selbstorganisation. So schufen die zum Bleiben verdammt Menschen gemeinsam mit Unterstützer*innen aus aller Welt verschiedene Bereiche in den Camps, in denen sie zumindest für kurze Zeit abschalten und der Verfahrenheit der eigenen Situation, die mensch noch nicht einmal selbst zu verantworten hat, entfliehen können. Es werden gemeinsam kreative Proteste organisiert, ab und zu wird gesungen, getanzt, gelacht. In den Teezelten von SolidariTEA und dem Dresden-Balkan-Konvoi wird gemeinsam Chai Tee gekocht, Aid Delivery Mission und die Shorba Crew stellen seit Monaten täglich die Versorgung von 15.000 Menschen mit warmen Mahlzeiten sicher, von Team Banana gibt's frische Bananen und den Kindern wird durch verschiedene Angebote wie Zirkusnachmittage, Tanzstunden oder Basteltage selten langweilig. Grenzenlose Solidarität wird hier großgeschrieben. Es entstehen Freundschaften, die an Intensität kaum zu übertreffen sind. Menschen liegen sich in den Armen, Menschen geben sich Kraft - Kraft, um den nächsten Tag zu meistern, um die Stimme gegen Grenzen zu erheben, um nach Wegen zu suchen, gegen dieses Unrecht anzukämpfen. Geflüchtete und Supporter*innen treffen sich hier auf einer Ebene.



Beyond Idomeni - Griechenland bleibt Experimentierfläche

In den vergangenen Monaten hörten wir viel aus Griechenland: Über das Entstehen solidarischer Strukturen infolge der Finanzkrise, über besetzte Fabriken, die in Arbeiterhand weitergeführt werden, wie das Beispiel VIOME zeigt, über ganze Stadtteile, die in Selbstorganisation verwaltet werden, wie wir am Stadtteil Exarchia in Athen sehen können sowie über einen allgemein stärkeren Zulauf zur anarchistischen Bewegung Griechenlands. Das haben wir nicht zuletzt dem schnellen Versagen der linken Syriza-Regierung zu verdanken, die uns ein Paradebeispiel dafür liefert, dass auch vermeintlich linke Parteien nichts anderes als Herrschaftssicherung und -ausbau zum Ziel haben. Gerade in diesen Zeiten merkt mensch wieder, welch autoritären Kurs Syriza fährt. Die Bandbreite reicht von der Errichtung von Militärcamps bis hin zur Kriminalisierung von Support-Strukturen.

Nichtsdestotrotz sind weite Teile der griechischen Bevölkerung - einmal mehr wütend darüber, auf diese Art und Weise regiert zu werden - dazu übergegangen, sich solidarisch miteinander zu organisieren, sich gegenseitig zu helfen und füreinander da zu sein. Diese Hilfe macht auch keinen Halt vor Geflüchteten, ganz im Gegenteil. Menschen in und um Idomeni öffnen ihre Türen, um den Menschen aus den Camps die Möglichkeit zu geben, sich zu waschen oder einfach mal in ruhigerer Atmosphäre einen Kaffee zu trinken. In Athen besetzen

Aktivist*innen mehrere öffentliche Gebäude, um den dort gestrandeten Geflüchteten eine mittelfristige Perspektive zu bieten. Angedacht ist, dass die Gebäude den Menschen in Selbstorganisation überlassen werden. Auf der Insel Lesbos existierte lange Zeit das sogenannte No Border Camp, welches von Strukturen, die über den ganz Erdball verteilt sind, unterstützt wurde. Dieses wurde leider vor wenigen Tagen geräumt.

Nichtsdestotrotz und trotz aller widrigen Umstände, die gerade schwer auf vielen Menschen lasten: Es bleibt spannend in Griechenland.

Endnoten

¹ <http://www.euractiv.com/section/global-europe/news/leaked-skopje-letter-exposes-closed-borders-coalition/>

² <http://www.unhcr.de/presse/nachrichten/artikel/824c9063189cf631cfd75696b325d628/unhcr-zur-gewalt-bei-idomeni.html>

³ <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-idomeni-aktivisten-sollen-unruhen-anzetteln-a-1086805.html>

⁴ <http://aiddeliverymission.org/independent-volunteers-are-not-responsible-for-eu-violence/>

Anzeige

**GAI DÀO
ABONNIEREN**

3 Monate:	6,00€ 7,50€ mind. 8,00€
6 Monate:	12,00€ 15,00€ mind. 16,00€
12 Monate:	24,00€ 30,00€ mind. 32,00€

(Preise: Prekär | Normal | Soli und zzgl. Versand)

Konto:
Be the media
Ktn.: 0004764986
BLZ: 83065408
Deutsche Skatbank

Für Spenden bitte einen entsprechenden Verwendungszweck angeben!

**abo-gaidao@riseup.net
info@a4druck.ch (Schweiz)**



Wie lässt sich eine Internationale Arbeiter*innen-Assoziation legalisieren, die eine anarchokommunistische Zielsetzung hat?

Eine Glosse zu den Vorschlägen der spanischen CNT

Anm. d. Red.: Diese Glosse erschien in der anarchistischen Zeitschrift Libertad und ist eine Reaktion auf die Beschlüsse des letzten Kongresses der CNT, der anarchosyndikalistischen Gewerkschaft in Spanien, in Bezug auf eine Neuausrichtung ihrer Internationalen, der IAA. Ein Link zur englischsprachigen Version dieses Beschlusses findet sich im Kasten am Ende des Artikels.

★ Von: M.S.C. / Übersetzung: jt

Manchmal schweben einem*r Fragen vor, auf die man lieber keine Antwort haben möchte. Beim Lesen eines aktuellen Kommuniqués unter dem Titel „Die CNT für die Neuausrichtung der IAA. Beschlüsse des XI. Kongresses der CNT zum Internationalismus“ stellt sich exakt dieses Gefühl ein. Im Kommuniqué wird zunächst geklärt, welche Fragen der aktuellen internen Befindlichkeit der Internationalen ArbeiterInnen-Assoziation (IAA) zu den Vorschlägen der spanischen Sektion für eine Neuausrichtung der Organisation geführt haben. Die CNT schlägt vor, die IAA auf ein neues Fundament zu stellen, und gibt bekannt, dass sie bis dahin ihre Mitgliedsbeiträge zurückhalten wird. Im Beschluss heißt es wörtlich: „Es ist erforderlich, die Internationale auf eine legale Grundlage zu stellen, um eine unsachgemäße Nutzung ihres Kürzels durch unbeteiligte Syndikate zu unterbinden, die lediglich ihr Prestige ausnutzen wollen, ohne den Anarchosyndikalismus oder den revolutionären Syndikalismus in der Praxis umzusetzen. Die Konten der Organisation sollten nicht länger auf den Namen von Einzelpersonen geführt werden, sondern auf den Namen der IAA selbst eingetragen sein, um auf diese Weise zu vermeiden, dass wir blind der moralischen Integrität des jeweils mit ihrer Verwaltung betrauten Sekretariats vertrauen müssen.“

Zu den internen Machtspielen werde ich mich ausschweigen, aber ich möchte gerne versuchen mir vorzustellen, wie sich so eine Sache legalisieren ließe. Wenn ich an die Mitte der 1970er Jahre zurückdenke, als die CNT neugegründet wurde¹, kommen mir Bilder in den Sinn, wie Juan Gomez Casas und Pedro Barrio der Gruppe Anselmo Lorenzo die Legalisierung der neugegründeten CNT angehen. Nach 37 Jahren der

Diktatur kam nach dem Franquismus die Zeit der Transition, die unter anderem eine Zerschlagung der verhassten „Vertikalen Gewerkschaft“² vorsah und den demokratischen Handlungsspielraum für Gewerkschaften wie der CCOO, der UGT, der USO und etwas später auch der CNT eröffnete, die sich in kurzer Zeit als dritte gewerkschaftliche Kraft etablierte. Für dieses Ziel genügte es der CNT, dass sich zwei der Mitgliedssyndikate legalisierten und alles war in Butter. Das ist allerdings ihre Geschichte und sie unterscheidet sich von der anderer Organisationen, wie beispielsweise der FORA³, die nie eine Legalisierung akzeptierte.

Nun ist allerdings die Legalisierung innerhalb eines bestimmten Staates eine Sache. Was passiert jedoch, wenn es sich um eine internationale



**INTERNATIONAL WORKERS
ASSOCIATION**
**ASOCIACIÓN INTERNACIONAL
DE LOS TRABAJADORES**

Organisation handelt, die obendrein die Charakteristiken der IAA aufweist? Ich gehe mal nach dem Ausschlussprinzip vor und nehme mal an, dass die Legalisierung nicht vor dem Mapuche-Rat⁴ angestrebt wird, der vor einiger Zeit dem chilenischen Staat den Krieg erklärt hat. Ich nehme weiterhin an, dass es in Syrien aufgrund des IS ebenfalls an der erforderlichen Rechtssicherheit mangelt und diese wahrscheinlich anarchosyndikalistischen Ideen nicht sehr zugeneigt wären. Die Palästinenser*innen haben nicht mal einen Staat, so dass es mit dem



nötigen Papieren ein wenig schwierig werden würde. Wahrscheinlich sollten wir diese instabile Region komplett streichen. Vielleicht also ein inter-amerikanisches Gericht? Ich weiß allerdings nicht, ob wir den populistischen Regierungen trauen sollten, die sich auch noch als neoliberal entpuppen. Ich nehme an, dass es besser wäre, auf etwas zu setzen, dass Stabilität bietet und keine allzu großen Umwälzungen erwarten lässt. Aber gleichzeitig jemand, der*die in der Lage ist, mehrere Länder plattzumachen, falls diese es wagen sollten, sich zu weit vorzutrauen. Ach, was bieten Atombomben und fetter Stacheldraht doch für eine beruhigende Sicherheit. Wir könnten uns aber auch Merkel zuwenden, im Wissen um ihre matriachale Aura, die so passend ist zur heutigen Zeit, die aber gleichzeitig – wie wir wissen – absolut in der Lage ist, der Bevölkerung anderer (undankbarer) Länder – wie etwa Griechenland – auf den Köpfen herum zu tanzen. Aber was, wenn wir uns in der Europäischen Union legalisieren lassen und Spanien beschließt auszutreten? Und dann ist da noch die Frage, welche Sanktionen oder Strafmaßnahmen denkbar wären für Syndikate, die es wagen, sich unseres Kürzels zu bemächtigen, das wir so verbissen auf globaler Ebene verteidigen – bewaffnete Drohnen vielleicht?

Fragen über Fragen, aber hier ein kleiner Tipp: Ich glaube wirklich, dass es das Einfachste wäre, auch für die Faulpelze unter uns wie meiner Wenigkeit, die diesen Text verfasst, es bei der „Illegalität“ zu belassen und sich diesen albern und überflüssigen Aufwand zu sparen. Die inneren Zwistigkeiten werden die interessierten Kreise schon noch zum gegebenen Zeitpunkt unter sich klären, oder eben nicht. Im letzten Jahrtausend sagte ein Mal ein Genosse: „Eine Philosophie, die das Gesetz nicht übertritt, ist eine Philosophie der Knechtschaft.“ Und Rafael Barrett sagte in seinem Buch Mein Anarchismus: „Auf dass unsere Kinder das Gesetz studieren und es verachten!“ In unserer

postmodernen Realität „light“ bleibt uns eigentlich nur, uns mit etwas wie dem Folgenden zufrieden zu geben: „Auf dass unsere Anarchosyndikalisten*innen das Gesetz studieren und es nicht beklatschen!“ Das ist die Situation, die wir gerade haben, und es sind die besten ihres Fachs... We are doomed!

Endnoten

¹ Anm. d. Ü.: Nach dem Tod des spanischen Diktator Franco Ende 1975 begann sich die CNT, die eine zentrale Rolle in der Spanischen Revolution (1936–39) gespielt hatte, dann aber verboten worden war, neu zu formieren.

² Anm. d. Ü.: Während der Diktaturzeit gab es nur die Einheitsgewerkschaft Organización Sindical Española (OSE), die in der Bevölkerung aber einfach nur „Sindicato Vertical“ hieß.

³ Anm. d. Ü.: Anarchosyndikalistische Gewerkschaft in Argentinien, die in den 1960ern und 70ern neu gegründet wurde und ebenfalls der IAA angehört.

⁴ Anm. d. Ü.: Die Mapuche sind die größte indigene Volksgruppe in Chile und Teile davon streben wahlweise mehr Autonomie, einen eigenen nicht-staatlichen Raum oder einen unabhängigen Staat an.

Quelle: <http://publicacionliberta.wix.com/libertad>
(Spanisch) (Libertad Nr. 68, Buenos Aires, Argentinien, Mai 2016)

CNT-Beschluss: <http://cnt.es/en/news/cnt-re-foundation-iwa-cnt-es-xi-congress-agreements-internacionalism>
(Englisch)



Anzeige

ANARCHIE IN STEREO

DER LIBERTÄRE PODCAST

Der monatliche Rückblick des Anarchistischen Radios Berlin auf die ernstesten und skurrilen Themen des Vormonats

MAIRÜCKBLICK 2016

VORAUSSICHTLICH IN DER AKTUELLEN AUSGABE:

- Frankreich: Notstandgesetzgebung und Arbeitsreform
- Chile: Umweltproteste überall
- Satire: Newsflash
- Wo herrscht Anarchie
- Kultur: Alternatives Dating
- Linktipp

DOWNLOAD UND STREAM
ARADIO.BLOGSPORT.DE

ANARCHISTISCHES RADIO
BERLIN



Über den Tellerrand geschaut

Teil I: Ein Anarchosyndikat für Santiago de Chile

Hochmotiviert trafen wir uns Mitte April mit drei Menschen der kleinen, feinen, lokalen anarchosyndikalistischen Gewerkschaft SOV (Sindicato de Oficios Varios) Santiago zu einem Interview. Zurück bleiben leider nur subjektive Erinnerungen, da der Audiomitschnitt im Datennirvana verschwand. Das Interview fand auf Englisch statt und alle Drei zu Interviewenden betonten als Privatpersonen zu sprechen.

★ Von: Pietzke

Zu Beginn des Gespräches befragten wir die Drei zu den Arbeitsbedingungen in ihren Branchen. Dabei kam heraus, dass sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor viele Anstellungen nicht beim Kernunternehmen sind, sondern über Subunternehmen oder auf selbstständiger Basis abgewickelt werden. Selbst bei den Wasserwerken sind Leute auf Honorarbasis beschäftigt und haben alle Pflichten, aber keine Sozial- und Krankenversicherung inklusive. Nicht verwunderlich scheint dabei die hierarchische Organisation des Betriebes. Obwohl hier das Gehalt für chilenische Verhältnisse gut ist, reicht es zwar zum Leben (für eine eigene Wohnung und ein Kind), aber Sparen für die Zukunft oder längere Urlaube zu genießen scheint nicht möglich. Als gewünschte, sofortige Veränderung wurde die Begrenzung bzw. Abschaffung des Subunternehmertums genannt.

Auch im Gastronomie- und Dienstleistungssektor (servieren und kassieren) sieht es düster aus. In diesem arbeiten vorrangig junge Menschen und Studierende, die auf die verschiedenen Nebenjobs angewiesen sind. Die Gehälter liegen zumeist unter dem Mindestlohn (225.000 Peso (ca. 340 Dollar) pro Monat à 45 Stunden/Woche). Der Stundenlohn beträgt umgerechnet zwei Dollar. Hinzu kommt, dass keine Sozialversicherungen gezahlt werden. Die widrigen Bedingungen führen dazu, dass Studierende bis zu ihrem Abschluss üblicherweise zu Hause wohnen, da in Santiago de Chile zum Beispiel eine Wohnung ca. 500 Dollar kostet und damit für junge Menschen unbezahlbar ist.

Bei Spaziergängen durch die Stadtparks fielen uns die vielen jungen Pärchen auf, welche überall kuschelten. Später wurde uns erklärt, dass es für viele junge Menschen unmöglich ist Übernachtungsgäste mit in das elterliche Zuhause zu bringen, was einerseits an der erzkatholischen Sozialisation und andererseits an den sehr beengten Wohnverhältnissen (sehr dünne Wände) liegen kann. Außerdem führen diese Einschränkungen zu hohem persönlichen Druck, schnellstmöglich den Abschluss oder Titel zu machen. Was allerdings nach Aussage einer Studentin nicht zwangsweise eine Änderung der Situation zur Folge hat, da nach dem erfolgreich abgeschlossenen Studium nicht immer ein gut bezahlter Job folgt. Insgesamt sind die Arbeitsbedingungen prekär, auch Gesetze werden nicht eingehalten. Zudem herrscht eine hohe Fluktuation bzw. Rotation des Personals im Gastronomiesektor vor, was eine längerfristige Organisation erschwert. Als Wunsch für die Zukunft wurde uns die Einhaltung des Mindestlohns genannt. Auch für hochqualifizierte Arbeitskräfte, wie Informatikingenieure, gelten zum Teil keine geregelten Arbeitszeiten und es werden unbezahlte Überstunden angehäuft.

Darüber hinaus ist in der ganzen Stadt die neoliberale Wirtschaftspolitik der letzten Jahrzehnte spürbar. Bis spät in die Nacht hinein versuchen Menschen, auf den Straßen alles Mögliche - von Taschentüchern über DVDs bis zu Essen - an improvisierten Ständen zu verkaufen. An vielen Hauptstraßenampeln stehen Menschen mit Lollis, Schokoriegeln und kleinen Gegenständen, um sie den wartenden Autofahrer*innen anzubieten. Vor den Autos jonglieren junge Menschen, um sich ein wenig Geld zu verdienen. Es gibt in Chile de facto keine soziale Absicherung. Arbeitslosengeld wird für 3 Monate, bei 80% des Lohnes, gezahlt. Wer sich näher mit den Auswirkungen von Privatisierungs- und Deregulierungsprozessen beschäftigen möchte, kann die Recherche mit den Chicago Boys beginnen.

Nach diesem kleinen Einblick in die Arbeitswelt von Santiago de Chile ist es nicht verwunderlich, dass sich Menschen organisieren. Einen Ansatzpunkt bietet die SOV (Sindicato de Oficios Varios) in Santiago de Chile. Sie existiert erst seit wenigen Monaten. Die Menschen trafen sich bei einer Infoveranstaltung, die zeigte, dass es noch andere Leute mit den gleichen Interessen gibt. Ein genannter Grund für die Organisation in einer dezidiert anarchosyndikalistischen Gewerk-



1. Mai 2016 in Santiago de Chile im Vordergrund die SOV bei ihrer 1. öffentlichen Aktion auf dem "Marcha Clasista"



schaft ist der Aufbau der etablierten "großen" Unionen. Diese sind hierarchisch und bürokratisch strukturiert und stehen immer in Verbindung mit politischen Parteien. Es gibt nach eigener Aussage keine anderen unabhängigen Gewerkschaften in der Stadt.

Sie sehen ihr Hauptarbeitsfeld im Hier und Jetzt zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und nicht in der zukünftigen Veränderung des gesamten Systems. Für die nächste Zeit steht erst mal die Mitgliederwerbung im Vordergrund, um langfristig handlungsfähig zu werden. Gerade in der anarchistischen Szene soll für die Notwendigkeit der Organisation geworben werden. Insgesamt können alle Menschen unabhängig von der Arbeitstätigkeit Mitglied werden. Normalerweise beträgt das Eintrittsalter 18 Jahre, eine Ausnahme gilt für arbeitende Jugendliche ab 14 Jahren. In Chile ist das Arbeitseinstiegsalter zum Teil bei 14 Jahren. Sie beginnen mit einfachen, unregistrierten Arbeiten, wie Transport- und Lagerungsarbeiten auf dem Markt oder Hilfsarbeiten in den Läden der Eltern etc.

Ein Mittel, um bekannt zu werden, sind Aktionen auf der Straße, wie zum Beispiel die Beteiligung an der 1. Mai-Demonstration mit einem eigenen kleinen Block und viel Informationsmaterial. Darüber hinaus soll die Medienarbeit ausgebaut werden. Zudem wollen sie den legalen Status als Gewerkschaft bekommen.

Zu der Frage nach Aktionsformen konnten sie aufgrund des Gründungsprozesses noch nicht viel sagen. Für sie sind Demos im Allgemeinen nicht das Hauptelement, da sie keine Breitenwirkung entfalten, ausgenommen die Studierendenproteste 2011 oder die jährlichen Gedenkveranstaltungen zum Sturz Allendes 1973 (und damit dem Beginn der Diktatur Pinochets).

Die Strategien im Konfliktfall werden von der Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder abhängen, sagten sie. Natürlich wollten wir auch wissen, wie viel Zeit sie sich für die Gewerkschaftsarbeit nehmen können. Dabei kam heraus, dass Studierende am flexibelsten sind und mehr Zeit zur Verfügung haben. Für Menschen mit einer 45-Stunden-Woche sieht es schwieriger aus, da die Freizeit sehr knapp ist.

Kritik haben die Drei noch nicht an dieser Form der gewerkschaftlichen Organisation, da sie sich aufgrund der nur kurzen Zeit zurückliegenden Diskussionen und der daraus resultierenden Positionspapiere ziemlich einig sind und die Gruppe noch klein ist. Wobei aber wohl ab und zu das Ego zu sehr im Vordergrund steht.

Abschließend ist es ihrer Ansicht nach wichtig, im Hier und Jetzt zu denken und zu handeln, nicht in der Zukunft zu schwelgen. Außerdem wollen sie Platz für direkte, freie Gespräche und Diskussionen schaffen.

"No estás solo - a te esperamos." (Du bist nicht allein, wir warten auf dich.) - Abschlussatz eines SOV Flyers



Mehr Infos gibt es auf der Homepage:
sovsantiago.wordpress.com

Kontakt: sovsantiago@gmail.com

Für Menschen mit Facebook:
facebook.com/sindicatooficiosvariosantiago



Anzeigen



grünes blatt

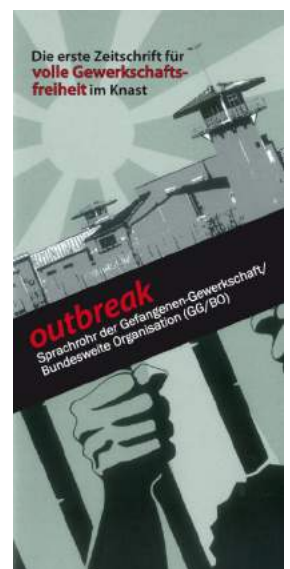
Zeitschrift für Umweltschutz von unten



Herrschaftskritik
Energiekämpfe
Mensch-Tier-Verhältnis
Anti-Knast-Arbeit

Einzelabo 15€, 10er-Abo 60€ / 4 Ausgaben
Gratis-Probeexemplar

mail@gruenes-blatt.de





liebertat!

ERDE BRENNT

Boden brennt nieder, wird
aufgerissen und
zerstört.
Da, wo vorher noch
gewaltige Wurzeln lebten,
ist
alles tot.
Wipfel, die voll Leben waren, sind
nun kahl und
brennen im Feuer, sind
Nahrung für Feuerglut,
haben keine Berechtigung mehr,
im Wind zu wehen und
Schutz zu bieten für freies Leben,
das wild und noch
selbstbestimmt ist.
Was wild und frei ist, wird zerstört,
so, wie es schon
immer war,
weil es bedrohlich scheint und
nicht verwertbar ist,
nicht verkäuflich ist.
Schneisen werden gerissen,
Bäume stürzen und fallen zu Boden, der
unter ihnen bricht,
stolze Riesen fallen und
verrotten, nur noch Kleinholz
und wofür?
Eine Welt stirbt,
still
und fast unbemerkt,
abseits der Aufmerksamkeit und
fast vergessen.
Meere sind vergiftet und
kämpfen um ihr Überleben, während wir
gegen sie kämpfen.
Spannen unsere Netze und saugen
Leben aus, das
einzigartig und so verletzlich ist,
so schutzlos und doch so stark
ist.

Sanfte Wesen, die neugierig und
lebensfroh sind, lebendig sind,
werden gejagt und
atmen ihren letzten Zug in Gefangenschaft,
denn alles, was wild und frei ist,
muss gefangen werden,
muss kontrolliert werden und
gezähmt.
Wir vernichten, was seit Jahrhunderten überlebte
und diese Erde braucht,
auf ihr wandelt, lebt, atmet,
uns am Leben hielt und dafür nichts zurück forderte,
bedingungslos.
Erde vertrocknet, Wasser wird knapp und
Leben ausgelöscht, welches nie wieder zurückkehrt,
sondern für immer verloren geht.
Die Erde brennt und
eine Welt stirbt
und wir helfen, dieses Feuer noch anzufachen,
verstärken es
und laufen dann schreiend davon,
denn was wir vergessen haben,
dass wir Teil von ihr sind,
das wird plötzlich wieder Realität und
erschreckt uns,
denn wenn eine Welt stirbt, dann
wir auch mit ihr.





Der anarchistischen Bewegung ein Gedächtnis geben – Ein Interview mit zwei Genossen vom AnArchiv in Neustadt an der Weinstraße.

In der Selbstbeschreibung des AnArchivs heißt es: „Es ist ein Gedächtnis der Bewegung, denn Anarchismus findet normalerweise in der offiziellen Geschichtsschreibung keinen Platz, und dieser Erfahrungsschatz wäre wahrscheinlich für alle Zeiten verloren, wenn es solche Archive nicht gäbe. Ziel des AnArchivs ist es, Publikationen zur anarchistischen Praxis und Theorie für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen.“

★ *Das Interview wurde von Toni geführt.*

Beschreibt doch mal im Allgemeinen, was das AnArchiv ist und was es dort so gibt.

Das AnArchiv wurde von Horst Stowasser im Jahre 1971 in Wetzlar gegründet, wo es in seinen Anfängen Anarchistisches Dokumentationszentrum (ADZ) hieß. Es gibt Bücher, Zeitungen, Schriftwechsel, Tonaufnahmen, Bilddokumente sowie Filmaufnahmen. Neben einer großen Anzahl deutschsprachiger anarchistischer Publikationen, welche den Schwerpunkt bilden, gibt es auch viele internationale Dokumente, zum Beispiel auch japanische oder arabische anarchistische Zeitungen und Bücher. Das AnArchiv beinhaltet vornehmlich Historisches, teilweise reichen die Dokumente bis in die heutige Zeit. Ein wichtiger Bestandteil sind außerdem Unterlagen, Dokumente und Protokolle der neuen anarchistischen Bewegung ab 1968. Weiterhin gibt es eine fast komplette Dokumentation der FAUD und der FAU, außerdem ist es zum Beispiel möglich, den Schriftwechsel der Föderation freiheitlicher Sozialisten FFS (deutschsprachige anarchosyndikalistische Organisation von 1945 bis 1960 aus ehemaligen Mitgliedern der FAUD, anm. d. In.) einzusehen, in welchem sie sich über die damalige politische Lage, Perspektiven der anarchistischen Bewegung, aber auch private Dinge, wie zum Beispiel den Hinweis, dass Rudolf Rocker demnächst Geburtstag habe, man dürfe nicht vergessen, ihm zu gratulieren, austauschen.

Um ein paar Zahlen zu nennen: Es gibt ca. 2000 Bücher und Broschüren mit direktem libertären Bezug, ca. 100 katalogisierte spanische Presseerzeugnisse mit anarchistischem Bezug, unzählige anderssprachige anarchistische Presseerzeugnisse, Schriftverkehr, persönliche Unterlagen, dokumentarische Dossiers von deutschsprachigen Anarchist*innen in ca. 100 Ordnern, Sammlungen von verstorbenen Anarchist*innen (z.B. Augustin Souchy), wissenschaftliche Arbeiten, unveröffentlichte Dissertationen und anderes. Das AnArchiv soll mithilfe die Geschichte des Anarchismus festzuhalten, denn diese Geschichte müssen wir selbst schreiben, das macht niemand anderes.

Neuerdings seid ihr umgezogen. Wie ist es dazu gekommen und wo befindet sich das AnArchiv jetzt?

Der Beginn des AnArchiv geht, wie oben schon erwähnt, zurück ins Jahr 1971, nach Wetzlar, wo Horst Stowasser und sein Bruder Klaus begonnen haben, anarchistische Publikationen aller Art zu sammeln. 1987 zog Horst Stowasser im Rahmen des Projekt A nach Neustadt an der Weinstraße, wo er seine Sammlung in seiner WG und später in seiner Wohnung unterbrachte. [Kleine Anekdote: In ausgerechnet diesem Haus ist die schwarz-rot-goldene Fahne für das Hambacher Fest genäht worden]. Mit dem Scheitern des Projektes A in Neustadt zog sich Horst aus der aktiven Arbeit zurück, er schrieb auch nicht mehr, sammelte und archivierte aber fleißig weiter. Es dauerte bis



Oktober 2004, bis sich Horst dazu entschloss, zusammen mit einer Gruppe von Menschen, das AnArchiv wieder öffentlich zugänglich zu machen. Geschehen sollte dies unter dem Namen Max-Nettlau-Institut. Wegen massiver gesundheitlicher Probleme (seine Kinderlähmung machte ihm wieder schwer zu schaffen) musste er Ende 2004 zuerst seinen Beruf und dann seine Wohnung aufgeben. Der Plan war nun, das Archiv in dem damals gerade entstehenden Wohnprojekt Eilhardshof in Neustadt unterzubringen. Da es jedoch akut aus der Wohnung in der Neustadter Hauptstraße raus musste, wurde es in einer Lagerhalle ca. 10 Kilometer von Neustadt gebracht, wo es die nächste drei Jahre für niemanden einsehbar gelagert wurde. Als Horst im August 2009 plötzlich verstarb, fanden sich einige Freund*innen und Genoss*innen zusammen und belebten das Max-Nettlau-Institut neu, benannten es aber, Horst zu Ehren, in „Horst-Stowasser-Institut“ um. Ein Genosse aus Speyer bot an, das AnArchiv ein paar Jahre bei sich im Haus unterzubringen. Dort konnten die Sachen ausgepackt werden und es gab auch wieder für Besucher*innen die Möglichkeit das AnArchiv zu besichtigen und dort zu forschen und zu arbeiten. Nachdem das AnArchiv nun für ein paar Jahre in Speyer war, bekamen wir Ende letzten Jahres vom Ökohof in Neustadt, der dem Verein WESPE e.V. („Werk selbstverwalteter Projekte und Einrichtungen“), quasi dem Restbestand des Projekts A, gehört, das Angebot, das Anarchiv dort unterzubringen. Also „back to the roots“ sozusagen. Seit März 2016 ist das AnArchiv nun wieder in Neustadt an der Weinstraße.

Habt ihr Sachen, von denen ihr sagt, die sind eine besondere Erwähnung wert und was sind so die ältesten Sachen, die ihr habt?

Im AnArchiv gibt es zum Beispiel den Nachlass von Augustin Souchy und eine Fotosammlung von seinem Aufenthalt in Kuba, die er selbst gemacht hat. Außerdem eine Sammlung von Bänden über Geografie, die Elisée Reclus verfasst hat. Horst Stowasser hat die von einem Genossen aus Spanien zugeschickt bekommen. Dieser hatte die Umschläge abgerissen, damit der Versand nicht so teuer ist. Die Bücher wurden dann neu gebunden, nachdem sie hier waren. Außerdem interessant, wie oben schon erwähnt, die Korrespondenz der Föderation freiheitlicher Sozialisten von 1947 bis 1953.

Es gibt Schriften von Richard Wagner, der in seiner Jugend Anarchist und mit Michael Bakunin befreundet war. Richard Wagner hatte solche Sachen geschrieben, als er in Dresden mit Bakunin auf den Barrikaden stand. Außerdem gibt es viele alte Zeitungen aus den 1890er Jahren oder zum Beispiel Exemplare, teilweise sogar ganze Jahrgänge, der Zeitung „Morgenröte“ von Gustav Landauer oder „Fanal“ von Erich Mühsam. Aus den 1920er Jahren sind viele Ausgaben der Zeitung „Der Syndikalist“ vorhanden sowie unter anderem Flugblätter der FAUD und einzelnen Syndikaten wie dem Syndikat der Binnenschiffer, damals eine wichtige Gewerkschaft.

Bekommt ihr heute noch Sachen geschickt, bzw. archiviert ihr auch heute erscheinende Publikationen?

Nein, heute bekommen wir im Gegensatz zu früher keine Sachen mehr zugeschickt. Wenn wir außerdem anfangen würden, alles zu archivieren, hätten wir ganz schnell ein Raumproblem. Ist das überhaupt sinnvoll? Bei der Gai Dao zum Beispiel ist es ja so, dass es sie auch im Internet zu lesen gibt. Im Moment liegt unser Hauptaugenmerk darauf, alte Sachen zu vervollständigen und schon vorhandene Sachen zu digitalisieren. Erstens sind die Materialien dann ja auch geschützter



und zweitens ist es einfacher, übers Internet darauf zu zugreifen und Interessierte müssen nicht extra nach Neustadt kommen, wobei das Flair, von solchen historischen Dokumenten umgeben zu sein und diese zu sichten natürlich auch was besonderes ist. Wie gesagt, wollen wir im Moment alles digitalisieren, verschlagworten und auf eine angemessene Archivierung achten. Es wäre super, besseres Archivierungsmaterial zu haben, um beispielsweise Dinge wie alte Zeitungen betrachten zu können, ohne sie anfassen zu müssen. Faktoren wie beispielsweise die richtige Helligkeit, Feuchtigkeit müssen beachtet werden, um die Sachen noch lange erhalten zu können.

Was hat es mit Horst Stowasser, Projektanarchismus und Neustadt an der Weinstraße auf sich?

Der Gedanke beim Projektanarchismus ist, ähnlich wie bei Gustav Landauers Landkommunen, im Hier und Jetzt Projekte zu gründen, anhand derer Anarchismus „vorgelebt“ werden soll, um Menschen zu zeigen, wie das praktisch funktioniert und um so die Ideen besser in die Gesellschaft hinein wirken zu lassen. Solche anarchistischen Projekte sollten den Anarchismus raus aus einem Ghetto holen. Beim Projektanarchismus ist der Gedanke auch, diese Projekte in einem „bürgerlichen Milieu“, z.B. in einer mittelgroßen Stadt zu gründen. Ein weiterer Gedanke des Projektanarchismus ist, dass Projekte mitein-

ander zu sogenannten „Doppelprojekten“ verbunden sind. Also Projekte, die finanziell gut laufen, z.B. eine Schreinerei, mit Projekten, die finanziell nicht gut laufen, z.B. einem Verlag für anarchistische Literatur. Horst Stowasser war der Hauptinitiator des Projekt A, und ist deswegen nach Neustadt an der Weinstraße gezogen. 1987 ging es los, es wurden in Neustadt Läden und Kollektivbetriebe gegründet. Sie hatten außerdem ein Netzwerk gegründet, WESPE (s. oben), welches noch heute – in kleinerem Umfang – existiert. Projekt A funktioniert zunächst recht erfolgreich, nach einiger Zeit gab es mehr und mehr Probleme, 1994 kam es dann zum Eklat und das Projekt brach auseinander. Horst zog sich daraufhin ins Privatleben zurück, schrieb nicht mehr, sammelte jedoch weiter Materialien für das AnArchiv. Ab

Ende 2004 wurde er wieder aktiv, fing wieder an zu schreiben und Vorträge zu halten. Er schrieb mehrere neue Bücher („Anti-Aging für die Anarchie“, „Auf den Spuren des Glücks“) und er überarbeitete sein Hauptwerk „Freiheit pur,“ das dann im März 2007 unter dem neuen Titel „Anarchie!“ wieder aufgelegt wurde. Geplant hatte er auch eine dreibändige Aufarbeitung des Projektes A mit Dokumenten, aktuellen Interviews mit ehemaligen Beteiligten und einem Ausblick. Durch seinen plötzlichen Tod, der uns alle erschütterte, kam dieses Projekt aber leider nicht mehr zu Stande.

Gibt es heute noch Kollektive aus der Projekt A Zeit? Gibt es anarchistische Aktivitäten?

Es gibt in Neustadt noch immer Betriebe, die aus der Projekt A Zeit stammen. Zum Beispiel den Verein „Wespe“, dem der Ökohof gehört, einen Naturkostladen, eine Buchhandlung, ein Wirtshaus, den Kulturverein Wespennest, eine Schreinerei, ein Chemielabor, sowie eine Ökologistik-Spedition. Diese Betriebe sind teilweise noch Kollektivbetriebe, die ohne Chef*in arbeiten. Teilweise haben die Kollektive Angestellte. Es gibt auch noch Anarchist*innen in den Betrieben. Gerade auf deren Wirken ist das AnArchiv wieder nach Neustadt gekommen. Die eben genannten Betriebe unterstützen das AnArchiv zum Beispiel finanziell oder auch, indem Räume zur Verfügung gestellt werden. Außerdem gibt es in Neustadt noch eine FAU – Lokalföderation mit einem Allgemeinen und einem Kultursyndikat. Von 2007 bis 2010 gab es noch den „Tante Emma Laden – Libertäres Zentrum“, einen Infoladen und Treffpunkt, der von verschiedenen Gruppen und Einzelpersonen getragen wurde.

[illegible]

Welche anderen deutschsprachigen Archive mit libertären Inhalten gibt es noch? Seid ihr vernetzt?

In Bremen gibt es noch das Institut für Syndikalismusforschung, außerdem das FAU-Archiv in Düsseldorf. Die Anarchistische Bibliothek Wien hat uns sehr geholfen, die nötige Struktur für eine Archivierung der Materialien aufzubauen. Außerdem haben wir gemeinsam mit den Wiener Genoss*innen angefangen, eine gemeinsame Datenbank zu erstellen, welche aber noch nicht fertig gestellt ist. Die Bibliothek in Wien hat uns auch teilweise Materialien überlassen.

Was habt ihr für die Zukunft geplant?

Wir wollen die deutschsprachigen Zeitungen sichten, digitalisieren und jahrgangsweise erfassen. Außerdem wollen wir Materialien anschaffen, um die Dokumente gut und sachgerecht archivieren zu können. Hierfür braucht es nämlich spezielle Materialien, wie z.B. säurebindendes Zwischenlagenpapier, welche die Papiere noch gut und möglichst lange erhalten. Hierfür sind wir auf Spenden angewiesen. Ca. 2000 Euro bräuchten wir um die nötigsten Anschaffungen vorzunehmen. Außerdem soll das AnArchiv auch Raum bieten für Menschen, die sich libertär vernetzen wollen, Recherche für wissenschaftliche Arbeiten ermöglichen oder Interessierten die Gelegenheit geben, anarchistische Geschichte zu erfahren, denn diese wird nirgendwo sonst festgehalten.

Vielen Dank für das Interview!

Wer etwas spenden möchte:
Bankverbindung:
Horst-Stowasser-Institut
Sparkasse Rhein-Haardt
IBAN: DE 5554 6512 4000 0537 9722
BIC: MALADE51DKH



Was ist anarchistische Stadtpolitik? Grundbausteine, Aufgaben und Probleme

Anmerkung der Redaktion: Dieser Text von Jan Rolletschek ist ein Bericht über eine Veranstaltung der Anarchistischen Gruppe Neukölln zum Thema "Anarchistische Stadtpolitik". Er ist in vier Teile gegliedert. Hier könnt ihr Teil 1 lesen.

★ Von: Jan Rolletschek

Die Frage nach dem „Was“ anarchistischer Stadtpolitik setzt bereits voraus, dass es sie gibt, dass es etwas zu denken gibt unter einer Bezeichnung, die äußerst unklar ist und die, soweit ich weiß, durch niemanden beansprucht wird. Auf die Bezeichnung selbst oder darauf, dass sie verwendet wird, kommt es auch nicht so sehr an, sondern darauf, was sie bezeichnet.

Es ließe sich ebenso gut und, meiner Ansicht nach, weitgehend synonym von demokratischer, radikaler oder einfach politischer Stadtpolitik sprechen, was lediglich eine andere Reihe von Missverständnissen und Streitfällen provozieren würde. Dennoch ist die Bezeichnung nicht willkürlich gewählt und sei es, weil die andernfalls zu erwartenden Missverständnisse durch sie vermieden werden. Um genau zu sein, habe ich sie gar nicht gewählt: Ich wurde gebeten, etwas über das Verhältnis von Anarchismus und Stadtpolitik zu sagen, eine Einladung, die ich gerne angenommen habe¹, denn formuliert als Frage scheint mir dieses Verhältnis einen Kristallisationspunkt für Antworten zu bieten, die auf ein allgemeineres Problem der radikalen Linken reagieren. Die Frage nach einer anarchistischen Stadtpolitik antwortet also und will Antworten provozieren in der allgemeineren Lage einer radikalen Linken, der es – wie man heute überall hört – an Visionen fehlt, die nicht mehr vom Ganzen her ins Ganze denkt, die nicht oder zu zaghaft an sich selber glaubt und glauben darf, desorientiert ist und nicht zielbewusst handelt. Die deshalb, umzingelt von Unerträglichkeiten, in Abwehrkämpfen stagniert, nicht zu beginnen weiß, nicht anzieht, nicht wächst. Eine radikale Linke, die nur noch reagiert? Eine solche Diagnose ist nicht ganz falsch und nicht ganz richtig. Ganz sicher aber ist sie zu pauschal, und sie lenkt den Blick ab von all den Ansätzen und Versuchen, die ihr längst praktisch widersprechen.²

Ein Schon-Jetzt im Noch-Nicht und umgekehrt

Die Frage antwortet also auf mein eigenes Bedürfnis – und ich denke,

dass es nicht nur meines ist – nach einer Stadtpolitik, die sich aus begrenzten Auseinandersetzungen nicht heraushält und darin dennoch radikal auf Befreiung geht. Wahrscheinlich beinhaltet diese doppelte Forderung eine gewisse Selbstüberschreitung und zugleich eine vorwegnehmende Zeitlichkeit, die in einer solchen Stadtpolitik verschränkt wären und sie in Bewegung versetzten: das Zugleich eines Noch-Nicht und eines Schon-Jetzt, ein Überschießen und eine praktische Antizipation, eine Unmittelbarkeit in den Mitteln. Denn damit eine Stadtpolitik in sich selbst über sich selbst hinaus geht, hätte sie zwei Aspekte voneinander abhängig zu machen: Sie hätte sich 1.) gegenwärtig zu halten, dass die konkreten Ziele, auf die sie allerdings mit Entschlossenheit gerichtet ist, keine letzten Ziele sind, in deren Erreichung sie zum Stillstand kommt, und in ihr hätte 2.) zu jeder Zeit ein Modus der Organisation und der Politik selbst wirksam zu sein, der mit allen Herrschaftsverhältnissen bricht. Hiermit ist sogleich ein bedeutendes Problem der gegenwärtigen Linken angesprochen, das, wie mir scheint, ganz wesentlich zu ihrer Orientierungslosigkeit beiträgt und das am treffendsten vielleicht als ihr „ontologischer Etatismus“ bezeichnet werden kann, der dann allerdings im politischen Etatismus zu sich selbst kommt. Ontologischen Etatismus nenne ich die Unfähigkeit, nicht-staatliche Formen der Organisation eigentlich zu denken, was mir in der Philosophie, die die radikale Linke gegenwärtig informiert, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, tatsächlich der Fall zu sein scheint, bis hin zu Philosophen wie Simon Critchley, Miguel Abensour oder John Simmons, die unter dem Etikett des Anarchismus selbst mit dem Anarchismus Schluss machen. Es handelt sich hier also um einen breiten Trend, der sich im Vokabular ganz unterschiedlicher philosophischer Schulen eingerichtet hat.³

Aus genau diesem Grund wird es aber gar keine wirkliche Erneuerung der radikalen Linken geben, die nicht wesentlich anarchistisch wäre, ganz gleich in welcher theoretischen Verfassung der Anarchismus gegenwärtig ist, wie isoliert seine Position noch immer sein mag und wie riskant seine Verteidigung.



Zwischen sogenannten „Abwehrkämpfen“, die mit Forderungen etwa nach bezahlbaren Mieten und sozialem Wohnungsbau verbunden sind, und der kollektiven Aneignung der eigenen Lebensbedingungen, die nicht nur mit jeder Grundrente überhaupt Schluss macht, besteht sicher eine Spannung. Diese Spannung aber muss kein Widerspruch sein, wenn es gelingt, auch die „Abwehrkämpfe“ nicht als lediglich reaktive und ultimativ begrenzte Auseinandersetzungen zu führen, sondern sie als Winkelzüge und situierte Manöver in den Kämpfen um die Ausweitung einer radikalen Kraft (neu) zu konzipieren, d.h. zu entwerfen.

Radikaler Bruch als Anschluss an die Situation

Was ist eine radikale Kraft? Wie man weiß, heißt radikal sein, den Dingen auf den Grund gehen und die Probleme an der Wurzel (lat. radix) packen. Die Wurzel einer gegebenen Gesellschaft ist aber diese Gesellschaft selbst und nichts unter oder hinter ihr Gelegenes, sodass es einer radikalen Kraft der Befreiung darum zu tun sein muss, die Organisationsformen selbst dieser Gesellschaft ihrem Ziel gemäß zu transformieren. Jede Transformation aber hat auszugehen von der vorgefundenen Situation, an der allein ihre Praxis ansetzen kann. Die interessante Frage ist also weniger, wie genau ein anarchistisches Gemeinwesen einmal eingerichtet sein wird. Dies mag einige ungefähre Überlegung wert sein, lässt sich aber ohne die daran Beteiligten kaum abmachen. Die weitaus wichtigere Frage lautet, wie ein kämpfendes Subjekt sich in der gegebenen Situation organisiert, die sich ja nicht als Tabula rasa der utopischen Willkür darbietet, sondern alles andere als ideale Voraussetzungen bietet. Dies schließt die Frage danach ein, wie genau die Situation, in der wir uns gegenwärtig befinden, verfasst ist und wie es also möglich ist, eben diese Situation zu verlassen, d.h. zu verwandeln; oder um es mit einem bekannten Anarchisten zu sagen: „woran der Sozialismus als Verwirklichung anzuknüpfen hat, das ist [...] die Gestalt der Wirklichkeit, aus der heraus, der entgegen er sich gründen will.“⁴

Den Bruch mit der Unterwerfung als radikalen Anschluss an die Situation zu konzipieren, bedeutet auch, den Gegensatz von Reform- oder Revolution als falsch zurückzuweisen. Die Revolution ist recht eigentlich eine radikale Reform. Was indes nicht genügt, sind Reformismus (konformistischer Anschluss an die Situation ohne Bruch) und Revolutionarismus (der Bruch als Geste, ohne Anschluss an die

Situation oder Analyse). Das manisch-depressive Bewusstsein des falschen Gegensatzes von Reform- oder Revolution lässt sich an der neueren Kommunisierung gut exemplifizieren.

Exkurs zur Kommunisierung

Die Konzeption selbst der Kommunisierung ist alt und wahrscheinlich eine Fernwirkung spätestens der Lehren, die die verstreuten Exilant*innen der Pariser Kommune nach der Niederschlagung der

Erhebung fast einer ganzen Stadt im Frühjahr 1871 gezogen haben. Konnte die „universelle Republik“ nicht auf einen Schlag eingeführt werden, so musste die Revolution womöglich als ein länger währender Prozess des Aufbaus einer Kraft, welcher der offenen Erhebung vorausgeht, neu gefasst werden.

Mitte der 1890er Jahre war es in Deutschland insbesondere die harte Repression gegen die anarchistische Agitation, die einige Anarchist*innen dazu veranlasste, den wirtschaftlichen Kampf möglichst durch „die Umgestaltung der Arbeitergewerkschaften zu freien Produktions- und Konsumtions-Gruppen“⁵ neu zu beleben.⁶ In der programmatischen Schrift „Ein Weg zur Befreiung der Arbeiter-Klasse“ (1895) des jungen Gustav Landauer gilt „die gewaltsame Auflehnung einer größeren Masse gegen die Staatsgewalt und ihr Militär“ unter den gegebenen Umständen und noch auf lange Sicht als „aussichtslos, verderblich und unerwünscht im höchsten Maaße.“⁷ Dass es dazu auch nicht kommen wird, heißt lediglich:

„Wir werden keine Niederlage erleiden.“ (ebd. 5) Die Niederlage und der Tod zehntausender Kommunard*innen im Mai 1871 taten der Bedeutung des Ereignisses von Paris als Geschichtszeichen keinen Abbruch, aber sie haben diese Bedeutung dahingehend geprägt, dass noch eine gänzlich andere Konzeption der Revolution selbst entwickelt worden ist, nämlich der Revolution als sofort beginnender Prozess der Kommunisierung. „Wir warten nicht auf die Revolution“, schreibt Gustav Landauer noch 1908 in diesem Sinne, „damit dann der Sozialismus beginne; sondern wir fangen an, den Sozialismus zur Wirklichkeit zu machen, damit dadurch der große Umschwung komme!“⁸ Dies ist, ganz allgemein gesprochen, der Bruch als Anschluss an die Situation.

Die „Kommunisierung“ im engeren Sinn und unter dieser Bezeichnung ist nach den Niederlagen des Juni 1968 im links-kommunistischen



Gustav Landauer



Milieu Frankreichs entstanden und beschreibt die Revolution nicht „für den Kommunismus, sondern durch den Kommunismus“. Vielleicht ist es kein Zufall, wenn sie nach den teils gescheiterten, teils unterlegenen, aber deshalb nicht wirkungslosen Aufständen der vergangenen Jahre wiederum ins Blickfeld rückt.

Ihrem erklärten Anspruch nach beginnt die Kommunisierung sofort, ohne „Übergangsphase“ und unter den gegebenen Bedingungen mit der Rekonfiguration der gesellschaftlichen Verkehrsformen und Beziehungen.⁹ Die Kommunisierung, wie man sie heute vor allem versteht, wiederholt jedoch, wie mir scheint, einen alten, zuletzt französischen Konflikt. Indem sie in ein voluntaristisches („humanistisches“) und ein deterministisches („strukturealistisches“) Spektrum zerfällt, spiegelt sie in sich selbst ihr grundsätzliches Dilemma: Gesellschaft als eine strukturierte „Totalität“ zu denken, die durch die kapitalistische Produktionsweise in all ihren Äußerungen vollends bestimmt ist. So wird die dominante Kommunisierung, deren beide Seiten diese (ehrlich gesagt theoretisch recht genügsame) Voraussetzung akzeptieren, zwischen den Klippen eines deterministischen Fatalismus und eines voluntaristischen Insurrektionalismus hin und her geworfen.

Die hiesige Rezeption scheint dieses Manko der neueren Kommunisierung vollends zu zementieren und den eigenen Anspruch (des sofortigen Beginnens) somit ad absurdum zu führen. Im Vorwort zu einem 2014 erschienenen Band, der die Debatte für das deutschsprachige Publikum umreißt, gibt der bekiffte Herausgeber Doc Sportello den Grund für die Ablehnung eines mit „Aufruf¹⁰ betitelten Textes als Beitrag zur zweiten Nummer der Zeitschrift „Meeting“ folgendermaßen wieder: „Der zentrale Kritikpunkt ist [...] die Idee, der Kommunismus wäre bereits innerhalb des Kapitalismus möglich“ also, „[...] dass man meinen könnte, die kommunisierende Tätigkeit sei hier und jetzt möglich, in den gegenwärtigen Bedingungen der durch das Geld, das Privateigentum, die Zirkulationsweise der Güter, Reichtümer, Wissen usw. vermittelten Beziehungen, anders gesagt, in den wirtschaftlichen Bedingungen dieser Gesellschaft.“¹¹ Eine solche, totalisierende Beschreibung der gegenwärtigen Situation vom Standpunkt kapitalistischer Produktionsweise macht die Kommunisierung natürlich undenkbar (es sei denn in theologischen Begriffen als das Wunder des Aufstands, dessen Herrlichkeit plötzlich durch die Wolken bricht) und kassiert ihren ursprünglichen, aus anarchistischer Sicht interessanten Impuls. Die „kommunisierende Tätigkeit“, die nicht unter den gegebenen Bedingungen bereits „hier und

jetzt“ möglich ist, ist ganz einfach: ein Nichts! Wenn es eine anarchistische Stadtpolitik gibt, so nur, weil man den traurigen Heroismus der Diagnose einer totalisierten Situation („des Kapitalismus“, „dieser Gesellschaft“) und das schlechte Paar Voluntarismus-Determinismus, das dieser Diagnose korreliert, zuvor zurückgewiesen hat.

Freie oder unterworfenen Gesellschaft

Hat man die Auffassung der Geschichte als Fatum abgetan, so ist es sogleich notwendig, einen anderen Irrtum zu vermeiden. Es ist also notwendig, die ganz und gar ideologische Vorstellung zurückzuweisen, dass wir bloß aufgrund der bürgerlichen Freiheiten, die für die „westlichen Demokratien“ kennzeichnend sind, bereits in freien Gesellschaften leben würden. Es ist stattdessen nötig, anzuerkennen und vor allem deutlich auszusprechen, dass wir in den parlamentarischen, der Sache nach oligarchischen „Demokratien“ tatsächlich in Gesellschaften der Unterwerfung leben. Man muss sagen, was man auch aufgrund ihrer bürgerlichen Freiheit (noch) relativ gefahrlos sagen kann, nämlich dass die ständige Delegation von politischer wie ökonomischer Verantwortung, die systematische Trennung von den Bedingungen der eigenen Existenz im parlamentarischen System ebenso wie in der abhängigen Arbeit, d.h. die fortgesetzte und umfassende Abtretung oder Überlassung unseres Lebens und der tatsächlich handlungsfähigen Verantwortung für dasselbe an Bosse hier wie dort, längst eine tiefgreifende Mutlosigkeit, eine dumpfe Resignation, eine um sich greifende Verdummung bei den allermeisten notwendig produziert haben.¹² Zugleich ist es kaum noch möglich, diese so diffuse wie verbreitete Trauer als solche zu wissen und aus ihrer Ursache zu erkennen. Die Verdrängung selbst dieses Wissens wird überall verdrängt, um leidlich weiterleben zu können in der „freien Gesellschaft“. Diese sogenannte „freie Gesellschaft“ ist ein Hohn! Sie ist vielmehr ein ganzes System der traumatischen Enteignung der eigenen Kraft und Lebenszeit, der Einklammerung des eigenen Handelns und der Verdummung im großen Stil. Die ihrer eigentlichen Wirksamkeit entkleideten und massenhaft vereinzelt Einzelnen sprechen die Wahrheit der staatlich-kapitalistischen Vergesellschaftung präzise aus, d.h. den Fatalismus gegenüber der heraufziehenden sozioökologischen Katastrophe, den diese überall produziert, wenn sie sagen, man könne ja doch „nichts machen“ und es gehe sie „nichts an“. Der Parlamentarismus und die abhängige Arbeit haben ganz einfach





den Effekt einer systematischen Erziehung zur Verantwortungslosigkeit, zur Distanzierung von sich selbst und vom eigenen Handeln, letztlich zur Reduktion der Einzelnen, die dem Verhängnis je allein gegenüberstehen, auf die primitivsten Funktionen ihrer unmittelbaren Selbstbehauptung, wie sie heute etwa in der Kälte gegen das Schicksal der Geflüchteten zutage tritt, im Avantgardismus der AfD, was die Militarisierung ihrer Abwehr anbelangt, oder in der Renaissance aggressiver Nationalismen überall. Nicht die Dummheit, der Konformismus und die Gleichgültigkeit der Einzelnen sind aber anzuklagen, sondern die Einrichtung der Gesellschaften, welche sie notwendig aus sich hervortreiben.¹³ Ihr ist eine ganz andere Einrichtung entgegenzusetzen, in der die Einzelnen ihre Selbstbestimmung kollektiv organisieren. Entweder diese demokratische Revolution, d.h. Anarchie, oder die Barbarei.

Zu einer anarchistischen Stadtpolitik sowie überhaupt dazu, unsere überaus verfahrenere Lage grundlegend zu ändern, gehören also, wie mir scheint, zunächst ein stolzer Wille zur Radikalität im Denken und im Handeln, ein Stolz gleichsam der Vernunft, unabhängig von kurzfristigen Hoffnungen, auch Heiterkeit im Ernst, Zuversicht, Lust am Versuchen und ein Mut zur Peinlichkeit der großen „Träumerei“ gegen eine stets vorsichtig distanzierte Süffisanz und ihr kleinliches, tatenloses Denken. Es ist wichtig, radikal zu denken und die Situation von vornherein planetarisch zu erfassen. Nach allem aber, was sich gegenwärtig zeigt – die Dominanz von Staat-und-Kapital über die demokratische d.h. anarchistische Bewegung, die klimatischen Veränderungen, die Proliferation gewaltsamer Konflikte, die Servilität der meisten Intellektuellen, der verbreitete Konformismus sogar großer Teile der Jugend usw. –, ist es sehr wahrscheinlich, dass wir in ein Zeitalter der Katastrophen, der krisenhaften Zuspitzung und extremen Brutalisierung eintreten. Es ist auch deutlich, dass es aktuell (noch) keine emanzipatorische Organisation gibt, die dieser Situation entspricht und ihren dominanten Tendenzen viel entgegenzusetzen hätte. Nichts anderes aber ist der Horizont und zugleich die Aufgabe anarchistischer Stadtpolitik.

Endnoten

¹ Der Text basiert auf einem Vortrag, der am 21. April 2016 in der Schankwirtschaft Laidak in Berlin gehalten wurde. Der Abend wurde veranstaltet vom Kiezladen Friedel 54 in Kooperation mit der Gustav Landauer Denkmalinitiative (Berlin).

² Wer nur immer auf das Entgegenstehende blickt, weiß von Wegen nicht viel zu sagen. Derer gibt es viele.

³ Oftmals sind es dann die jedem Gemeinwesen innerliche Undurchsichtigkeit oder zeitliche Differenz seiner Organisation, seine Tendenz zur institutionellen Verhärtung, seine unabschließbare Strittigkeit oder überhaupt seine konstituierte Gestalt, die theoretisch hypostasiert, d.h. verdinglicht werden und denen auf unterschiedliche Weise die Rolle zukommt, das Theorem der „Staatlichkeit“ mit der Aura der Ewigkeit zu umgeben und mit philosophischen Weihen zu versehen. Ich weiß nicht, ob diese Gefahr und dieses sehr reale Hemmnis überhaupt gesehen werden oder ob ihnen schon irgendwo effektiv begegnet wird, was es erfordern würde, den jeweiligen Diskursen auf den Grund zu gehen. Dazu scheint der gegenwärtige Anarchismus – oft

genug ausgelastet mit historischer Bestandssicherung – allerdings theoretisch kaum in der Lage zu sein, selbst wenn es ihm gelingt, das anti-intellektuelle Ressentiment und den platten Praktizismus in den eigenen Reihen zurückzuweisen. Wenn der Anarchismus heute zwar mit recht an seiner Anti-Staatlichkeit festhält, so tut er dies nicht selten gewissermaßen „naiv“, d.h. ohne sich dieser Anfechtungen überhaupt bewusst und auf der Höhe des Problems zu sein.

⁴ Gustav Landauer: Ein Brief über die anarchistischen Kommunisten, in: Ders./Siegbert Wolf (Hg.): Anarchismus, GLAS Bd. 2, S. 303-312, hier S. 304.

⁵ „Noch weiter haben wir's gebracht!“ in: Der Sozialist V, 2 (12.1.1895), zit. nach Tilman Leder: Die Politik eines „Antipolitikers“. Eine politische Biographie Gustav Landauers, GLAS Bd. 10, Lich/Hessen 2014, S. 173.

⁶ Wo gibt es heute in Deutschland eine radikale Konsumgenossenschaft oder auch nur die ernsthafte Erwägung dieser Möglichkeit?

⁷ Gustav Landauer: Ein Weg zur Befreiung der Arbeiter-Klasse, Berlin 1895, S. 4, online unter: wp.me/a2EcvP-5q.

⁸ Gustav Landauer: Das erste Flugblatt: Was will der Sozialistische Bund? In: Ders./Siegbert Wolf (Hg.): Antipolitik, GLAS Bd. 3.1, S. 130-134, hier S. 131.

⁹ Weitere wichtige Aspekte dieser bemerkenswerten Strömung sind 1.) die Aufgabe der Arbeiteridentität als positive Bezugsgröße und stattdessen ihre Theoretisierung als eine Seite der artikulierten Einheit von Arbeit-und-Kapital, 2.) eine relativ oberflächliche und unscharfe Kritik der „Arbeiter selbstverwaltung“, sowie 3.) eine Kritik der staatlichen Bündnispolitik des Antifaschismus, die davon ausgeht, dass der Staat seiner demokratischen oder diktatorischen Form in letzter Instanz gleichgültig gegenübersteht. Vgl. insbes. die Zeitschrift Endnotes Nr. 1: Preliminary Materials for a Balance Sheet of the Twentieth Century, Oct. 2008, auch: kommunisierung.net.

¹⁰ Online unter: bloom0101.org/?parution=aufruf.

¹¹ Doc Sportello (Hg.): Die Revolution als Kommunisierung. Kommunisierung Bd. 1, S. 12, vgl.: kommunisierung.net/Eine-andere-Nutzung-des-Geldes-zum.

¹² Die abhängige Arbeit ist in einem weiteren Sinn überhaupt die Produktion unter den Bedingungen des Marktes und der kapitalistischen Konkurrenz. Dabei ist es von entscheidender Wichtigkeit, die übergreifenden Dynamiken der sachlich vermittelten Form kapitalistischer Herrschaft anzuerkennen ohne sie jedoch zu totalisieren, was ganz einfach ihrer ohnehin üblichen Entpolitisierung gleichkäme. Zwischen die Analyse der kapitalistischen Produktionsweise (unter der Perspektive ihres idealen Funktionierens) und die technokratische Apologie sogenannter „Sachzwänge“ passte ansonsten kein Blatt Papier mehr: Die Anerkennung der Herrschaft als „sachlich vermittelt“ wäre ganz einfach: die Anerkennung der Herrschaft und von der Unterwerfung unter den „Sachzwang“ nicht mehr zu unterscheiden.

¹³ Da die bürgerliche Ideologie die gegenwärtige Gesellschaft zur „freien“ und „offenen“ verklärt und es ihr gar nicht einfällt, sie radikal zu kritisieren, begeht sie regelmäßig die Dummheit, diese Gesellschaft gegen eben jene Subjekte verteidigen zu wollen, die sie hervorbringt. Knuffige Linksliberale, denen nichts anderes übrig bleibt, als in Verachtung für die Verderbtheit der Einzelnen zu entbrennen, und zwar umso inbrünstiger, je rückhaltloser sie von der „freien Gesellschaft“ delirieren, sind deshalb in Zeiten von Pegida und AfD wieder Legion.

**20**

[改道] Gai Dao

N°66 - Juni 2016

Antwortend schreiten wir voran...

Anmerkung der Redaktion: Dieser Text von Hyman Roth ist eine Antwort auf Mona Alonas Text "Anarchismus, gesellschaftlicher Wandel und die konkrete Utopie der befreiten Gesellschaft", der in der Gai Dao Nr. 65 im Mai 2016 erschienen ist.

★ Von: Hyman Roth

Mona Alona, Autorin eines sehr zutreffenden Textes über die Dynamik der Arbeit in linken Gruppen („Gai Dao“ # 64), hat in „Gai Dao“ # 65 einen Grundsatztext veröffentlicht. Grundsatztexte haben die Eigenschaft, gegenüber den Texten zu Einzelthemen eher langfristig zu wirken. Aber der Text mit dem originellen Titel „Anarchismus, gesellschaftlicher Wandel und die konkrete Utopie der befreiten Gesellschaft“ geht auf die aktuell (nicht zuletzt in „Gai Dao“) laufende Debatten ein und sorgt für Klarheit. Es sorgt für eben jene Klarheit, dass es im zeitgenössischen Anarchismus eine starke Tendenz gibt, die Klarheit nur noch als ein Feindbild zu kennen. Das Grundsatzpapier von Mona Alona erscheint als ungeheure Ansammlung an Gemeinplätzen. (Bekäme man für jede Benutzung von vielsagenden Wörtern wie „emanzipatorisch“ und „synkretistisch“ einen Euro hinterhergeschmissen, die Summe würde für die Tilgung der griechischen Staatsschulden reichen.) Aber es soll an dieser Stelle nicht um Staaten, sondern um deren erklärte Feinde gehen – um die Anarchist*innen. Während Autor*innen wie Lucien van der Walt und Michael Schmidt gerade darauf pochen, dass die anarchistische Theorie kohärent und logisch sei¹, erklärt Mona Alona schon diesen Anspruch für unvereinbar mit dem Anarchismus.

Beliebig dogmatisch – dogmatisch beliebig

Das Gute am Anarchismus oder eben an Anarchismen sei, so erfahren wir, dass er so gar nicht dogmatisch sei. „Anarchismus beruht auf einer gewollten und sogar beförderten Pluralität politischer Bewegungen, die sich aus unterschiedlichen [...] Akteur*innen zusammensetzen. Die Gruppen kooperieren themenbezogen in wechselnden Konstellationen und befruchten sich gegenseitig, wobei gerade ihre Vielfalt eine Dominanz einzelner Akteur*innen verhindert. Schließlich beinhaltet Anarchismus auf einer prinzipiell undogmatischen Haltung. [sic!] Diese wäre allerdings falsch verstanden, würde sie als inhaltliche Beliebigkeit, Theoriefeindlichkeit oder lediglich postmodernes Denken aufgefasst werden. Im Gegenteil nimmt er aktuelle inhaltliche Debatten, theoretische Entwicklungen und die Bedingungen seiner Zeit auf und gelangt deswegen zum vernünftigen Schluss, keine letztgültigen Wahrheiten zu postulieren. Die Kollektivität von Erkenntnisprozessen wird dabei betont.“

Mona Alona setzt Erkenntnisse haben mit Dogmatismus gleich, obwohl eine begründete Einsicht das Gegenteil eines Dogmas ist. Dass es ganz viele Debatten gibt, von mir aus auch über die Zeit hinweg, soll schon begründen, dass man da nicht scheiden kann zwischen richtig und

falsch. Die pure Mehrzahl soll vernünftig erscheinen lassen, dass man sich jedes Urteil über Theorie verkneift?

Prinzipien sind nicht gleich Dogmen. Deswegen kann man auch prinzipiell undogmatisch sein. Was jedoch hier über den Anarchismus gesagt wird, trifft auf ziemlich viele Ideologien und Strömungen zu. Auch die katholische Theologie und der Marxismus-Leninismus erneuerten ihre Theoriegebäude im Verlauf der Geschichte, nahmen aktuelle Debatten und theoretische Entwicklungen auf, verworfen alte und bauten neue Thesen ein. Dogmatismus ist nicht einfach verharren an alten Erkenntnissen – was ihn ausmacht, ist die Weigerung, die Begründung der eigenen Grundsätze zu überprüfen.

Wichtig wäre zu klären: Was unterscheidet eigentlich anarchistischen Pluralismus von der „inhaltliche[n] Beliebigkeit, Theoriefeindlichkeit oder lediglich postmoderne[m] Denken“? Schließlich ist auch der Pluralismus der liberalen Demokratie „eine bunte Gemengelage“ „kollektiver und individueller“ Entwürfe, ein „Mosaik“ mit „Pluralität politischer Bewegungen“, die sich aus in „solidarischer Beziehung stehenden Akteur*innen zusammensetzen“. CDU und SPD, FDP und Grüne, LINKE und AfD streiten sich unter der Prämisse der Anerkennung der pluralistischen Grundsätze und arbeiten immer wieder punktuell zusammen. An die Macht kommt man nur auf Zeit – mit Ausnahme der SPD in Bremen und der CSU in Bayern. „Gültige Wahrheiten ableiten“ und damit seine Politik etwa als Partei begründen, das ist in der Tat ein absolutes No-Go in dieser Demokratie. Das lässt z.B. dem KPD-Verbotsurteil von 1956 entnehmen. Theorie als solche wird allerdings nicht angefeindet. Das ergibt sich aus dem Zweck, mit dem überhaupt nur auf sie zurückgegriffen wird: Es geht dabei nicht um Erkenntnisse darüber, warum und wie diese Gesellschaft funktioniert. Sondern darum, die eigene politische Ausrichtung zu rechtfertigen ist, wie man Deutschland voranbringen will. Ist der Unterschied des anarchistischen Pluralismus zu dem „bürgerlich-demokratischen“ nur ein behaupteter?

Nein, würde Mona Alona jetzt einwenden – denn Anarchismus hat seine Prinzipien. Sie sind zwar auch den „Wandlungsprozessen“ unterworfen und sind auch so formuliert, dass jeder sich alles mögliche darunter vorstellen kann, aber sie seien dennoch gültig. Sie seien kein Dogma und keine theoretische Erkenntnis. Sie sind irgendwas Drittes. Sie zum Gegenstand einer theoretischen Diskussion zu machen, würde bedeuten, dass man der Theorie doch noch einräumt, Aussagen mit Wahrheitsgehalt treffen zu können. Es nicht zu tun, würde die

Prinzipien zu Glaubenssätzen machen.

„Die grundlegende Offenheit des Anarchismus ergibt sich, weil die Notwendigkeit radikaler gesellschaftlicher Transformation von ihren Möglichkeiten her gedacht und bearbeitet wird, welche in den Versuchen ihrer stets bruchstückhaften und widersprüchlichen Verwirklichung erfahrbar werden.“ Die Möglichkeit der Transformation kann nicht bewiesen werden – es kann ja laut Mona eh nichts bewiesen werden. Sie wird a priori postuliert. Das ist ein astreines Dogma, was in Anlehnung an den pädagogischen Sprech vom „bewegungsorientierten Ansatz“ nur dürtig kaschiert wird.

Mit „Notwendigkeit“ soll man Gesellschaft verändern wollen, weil es möglich ist. Nur weil etwas möglich ist (sich von der Brücke stürzen), ist das nicht notwendig (sich das Genick brechen). Man merkt: Mona Alona hält die Nichtnatürlichkeit und umgekehrt die Veränderlichkeit „der Gesellschaft“ (die sie eben nicht bestimmen will) schon für die ganze Kritik. Weil das dürtig ist und eben keinen Grund abgibt, den Staat, den Kapitalismus etc. abschaffen zu wollen (das will man aus dem Wissen darum, was es ist, wie es organisiert ist und was das für notwendige Konsequenzen zeitigt), verfällt sie (und einige andere Anarchist*innen auch) darauf, vorbildhafte Beispiele aufzuzeigen. Die sollen dann auch nicht den Anarchismus ausmachen – wegen ihres Dogmas, dass es keine „letztgültigen“ (was eine nicht letztgültige Wahrheit ist, erklärt Mona auch nicht) Wahrheiten gäbe. Stattdessen sollen diese Beispiele nur der Inspiration dienen. Fraglich ist, wer sich davon inspiriert sehen soll – wenn die Beispiele nicht einmal für sich ernst genommen werden. Vielleicht gereicht das „Vorleben“ (als seien ihre Adressat*innen Kinder!) den Anarch@s aber selbst zum Mutmacher, dass auch „was“ anderes „möglich“ ist.

Außertheoretische Gründe für die Entscheidung zugunsten von diesem oder jenem theoretischen „Ansatz“ benennt Mona Alona ja selber – „Notwendigerweise besteht [die anarchistische Gesellschaftsanalyse – H.R.] aus einem synkretistischen theoretischen Instrumentarium je nach dem von Anarchist*innen bearbeiteten Gegenstand, ihren Zugangsmöglichkeiten und persönlichen Präferenzen.“ Ist es also letztendlich eine Geschmacksache, ob jemand Anarchoprimitivist*in oder Anarchosyndikalist*in, Anarchopazifist*in oder Insurrektionalist*in, National- oder Individualanarchist*in ist? Dann wäre Anarchismus eine Geschmacksache und nur ein Mosaikstein im unendlich bunten Pluralismus im Gemischtwarenladen der Ideen, eine Bereicherung der Demokratie, die es zugleich behauptet zu bekämpfen (siehe z.B. Jörg Bergstedt, Insurrektionalist*innen, Individualist*innen) und radikal zu verwirklichen (siehe z.B. Mona Alona)?

Ziemlich unvermittelt definiert Mona dann die anarchistische Gesellschaft als „kommunistisch“. Spricht Mona den zahlreichen Anarchist*innen (von Bakunin bis Bergstedt), die erklärte Antikommunist*innen waren und sind, ihren Anarchismus ab? Das ist aber ganz schön unpluralistisch! Andererseits: Wie sollen Kommunismus und Primitivismus vereinbar sein? Macht die klare Absage, die die „aufständischen Anarchist*innen“ dem Kommunismus

erteilen, diese nun zu schlechten Anarchist*innen² oder macht Monas Plädieren für den Kommunismus sie zu einer schlechteren, weil unpluralistischen Anarchistin?

Alles fließt dahin: „prozesshaft“, „historisch“, „offen“ = relativ?

„Erkenntnis“ ist Mona Alona stets suspekt. „Erkenntnisprozess“ ist dagegen etwas ganz Wichtiges. Der Weg ist das Ziel, die Basis ist das Fundament jeder Grundlage und alles ist allein schon deswegen relativ, weil historisch, wahrscheinlich selbst diese Aussage, womit es wieder etwas nicht-Relatives gäbe. Aber Punkt für Punkt.

Ein Grund, warum es keine „letztgültigen Wahrheiten“ geben kann, anscheinend außer einer: nämlich dass das so ist, sollen „Bedingungen der Zeit“ sein. Dass „Witzige“ an dem Postulat, es könne keine letztgültigen Wahrheiten geben, ist, dass es sich quasi selbst widerlegt: Nämlich dass aber genau dieser Satz immer gültig sein soll. Werden Analysen der gesellschaftlichen Verhältnisse durch die Veränderung der existierenden Verhältnisse selbst obsolet? Warum sollte man im 21. Jahrhundert noch wissenschaftliche Gesellschaftsanalysen aus dem 19. Jahrhundert studieren? Mona ermahnt, den historischen Kontext zu beachten. Dieser Verweis fungiert im Text einmal als Abweis des Wahrheitsanspruch des unerwähnten, aber implizit attackierten Marxismus, ein anderes Mal als Entschuldigung für offensichtlich diskreditierte Aussagen der „klassischen“ Anarchist*innen. Auch hier wird a priori postuliert: Es kann nichts als wahr gelten, was in einem konkreten historischen Kontext entstanden ist (also so ziemlich alles jeweils von Menschen Geschriebene).

Warum eigentlich? Denn entweder sind die bestehenden Verhältnisse z.B. kapitalistisch und haben sich verändert – aber ohne den Zweck der Produktion zu ändern; warum sollte das dann ein Anlass zur Revision von Kapitalismuskritik sein, die im 19. Jahrhundert stimmte? (Lassen wir an dieser Stelle das Rätsel ungelöst, welche Kritik das sein könnte.) Oder aber der Kapitalismus ist der Veränderung zum Opfer gefallen (in manchen Ländern soll das tatsächlich der Fall gewesen sein, leider ohne dass die nachfolgenden Gesellschaftsformen viel besser gerieten), womit sich jede wissenschaftliche Kritik des Kapitalismus als gegenstandslos erübrigen würde. Falsch wäre sie dadurch allerdings nicht geworden.

Es mag ja sein, dass man mit einer allgemeinen Analyse keine historische Verlaufsform von z.B. dem Gegensatz von Kapital und Lohnarbeit erklärt hat. Wenn bei „Amazon“ oder sonst wem gestreikt wird, muss man das natürlich dann wiederum neu erklären. Insofern wird man nicht fertig mit der Gesellschaftsanalyse. Das ist aber was anderes als die Revision allgemeiner Urteile zum Klassenkampf und was ganz anderes, als jede Theorie für unhaltbar zu erklären, weil ihr Gegenstand einer ist, der Veränderungen unterworfen ist. Jetzt will Theorie eh nicht einfach nur beschreiben oder „umkreisen“, sondern die Prinzipien erklären, die da eine Bewegung (z.B. wie ein Streik verläuft) ausmachen. Man will die Realität ja nicht theoretisch verdoppeln, so dass man minutiös jede Veränderung abpinseln muss, sondern sagen,



was sich da warum tut.

Umgekehrt, sind theoretischen Fehler, egal wer sie begangen hat, nicht weniger falsch, nur weil sie im bestimmten historischen Kontext formuliert wurden. Wer z.B. im 19. Jahrhundert Rassist*in war, hat nicht einfach eine „Aussage über seine Zeit“ gemacht, sondern beanspruchte allgemeine Gültigkeit für seine auch damals schon falschen Argumente.

Ansonsten gibt es doch Argumente und Logik, mittels derer sich der Wahrheitsgehalt überprüfen ließe. Kommen neue Fakten dazu oder wird ein Fehler erkannt – dann nimmt man halt Korrekturen vor. Man kann Wahrheit eh immer nur auf dem Stand der derzeitigen wissenschaftlichen Erkenntnis vorbringen. Das ist aber relevanter für die Naturwissenschaften als für die Kapitalismus- oder Gesellschaftskritik. Bei letzteren liegen nämlich seit längerem die Fakten auf dem Tisch. All das gibt keinen Grund ab für die Leugnung der Möglichkeit, wahre Aussagen über die Zeit, in der man lebt, treffen zu können.

Auch die Binsenweisheit, dass so ziemlich alles ein Prozess sei, ist kein guter Einwand gegen den Anspruch, dass Theorie keine Widersprüche aufweisen sollte. Dass heutzutage ständig betont wird, Wissenschaft sei ein unabschließbarer „Prozess“, weswegen jeder einzelner Theorie mit pauschalem Misstrauen zu begegnen sei, weil sie sich erdreistet, nicht Prozess, sondern Resultat zu sein, trägt dazu bei, dass man jede Theorie ablehnen kann, ohne nur mit einem Wort auf ihren argumentativen Gehalt einzugehen.

Aspirin, Abstraktion, Anarchie – alles sehr komplex

Monas Text besteht zu einem beachtlichen Teil aus Relativierungen der eigenen Thesen und einer – sorry – heuchlerischen Bescheidenheit. Heuchlerisch, weil der Text gerade die Überlegenheit einer relativistischen Beliebigkeit (alias Mosaik, Vielfalt, Gemengelage) gegenüber jedem ernst gemeinten Versuch einer konkreten Bestimmung zu begründen versucht. Dabei wird ständig auf „Komplexität“ von diesem und jenem verwiesen. Der Verweis, die Anarchist*innen „streben keine

Perfektion in ihrem Denken und Handeln an“, ist nichts anderes als eine Aufforderung, sie nicht weiter mit Kritik zu belästigen, sondern lieber etwas Respekt vor ihren guten Willen zu zeigen. Die Welt ist einfach zu komplex, um darüber etwas herauszufinden. Aber halt – wie kommt es dann, dass jemand es schafft, doch etwas darüber Richtiges auszusagen? Und damit ist nur der eine Punkt gemeint: die Aussage etwa, dass die Welt so komplex sei. Eine so demonstrative Bescheidenheit scheint nur eine Formulierung dafür zu sein, dass man mit dem Hinweis auf die bewusste „Unmöglichkeit“ des eigenen

Versuchs, die komplexe Realität zu erfassen, jede eventuelle Kritik am Versuch für überflüssig erklärt.

„Freiheit im Denken“, die laut Mona Anarchist*innen einfordern sollten, ist letztendlich Freiheit von jeglicher Logik bei gleichzeitigem Beschwören des „emanzipatorischen Gehalt“ von allem Möglichen, was Anarchist*innen verschiedener Ausrichtung so machen.

Trennung der Emanzipation von Aufklärung und Universalismus

Dem „klassischen“ Anarchismus wirft Mona Alona ausgerechnet seine Verwurzelung im „Denken der Aufklärung und dessen universalistischen Menschenbild“ vor. Wie sich ohne ein universalistisches Menschenbild Herrschaft kritisieren lässt und ohne Aufklärung die von Mona eingeforderte kommunistische Gesellschaft organisieren lässt, bleibt das größte Rätsel des Textes. Allein um auf der technischen Ebene zu funktionieren, kommt Kommunismus nicht ohne Wissen über die Welt aus. Allerdings sei eine Gesellschaft ohne Herrschaft gar nicht erst erreichbar ohne Aufklärung.

Endnoten

¹ Lucien van der Walt; Michael Schmidt: *Schwarze Flamme. Revolutionärer Klassenkampf im Anarchismus und Syndikalismus*. Hamburg, 2013. S. 60-65.

² Siehe z.B.: Apio Ludd: *Why I Am Not a Communist*, in: *My Own. Self-Ownership and Self-Creation Against All Authority*. Nr. 10. Okt. 2013.

Anzeigen



Ende Gelände – Alles super? Viva LAUtonomia! Eine solidarische Kritik

Ich schreibe hier als Person, die sich dem Braunkohle-Widerstand im Rheinland und vor allem der Hambacher-Forst-Besetzung seit einigen Jahren verbunden fühlt, die sich als Anarchist*in definiert und nicht als Teil von Ende Gelände sieht. Dieser Beitrag soll die Erfolge von Ende Gelände würdigen, aber dennoch meine subjektive Kritik zum Ausdruck bringen.

★ Von: Raupe

Das Lausitzer Energie- und Klimacamp

Es könnte so schön sein. Als ich am Montag auf dem Lausitzer Energie- und Klimacamp bei Proschim ankomme, scheint die Sonne, es ist warm, fast sommerlich. Ein paar Zelte stehen schon ganz idyllisch um einen kleinen Teich herum. Auf einer Wiese sind bereits viele große Zelte aufgebaut, u.a. ein Infozelt, ein Zirkuszelt für Plena, mehrere Workshopzelte, der Essensbereich, sogar eine Bar. Auch für rechtliche, medizinische und Awareness-Strukturen ist gesorgt. Außerdem gibt es Kompostklos, eigenen Solarstrom und Internet. Ein vielfältiges Programm für die nächsten Tage verspricht Abwechslung: Exkursionen, Workshops rund um Kohle und Klima (und etwas mehr) sowie Aktions- und Erste-Hilfe-Trainings, Podiumsdiskussionen, ein Volleyballturnier zwischen lokalen und Camp-Menschen, Filme, Konzerte und Theater.

Die Braunkohle in der Lausitz

Ja, es könnte (fast) alles so schön sein,...wenn da nur nicht dieses Loch wäre. Genauer gesagt, die vier Braunkohletagebaue mit dazugehörigen Kraftwerken. Braunkohle ist der dreckigste Energieträger weltweit. Von der angeblichen Energiewende merken Natur, Tier und Mensch hier (und anderswo) noch nichts und das wird sich auch in den nächsten Jahrzehnten nicht ändern. Denn vor allem ist

der Abbau und die Verstromung von Braunkohle ein schmutziges Geschäft und das bezieht sich nicht nur auf Feinstaub, CO₂, radioaktive Partikel, landschaftliche Zerstörung und Zwangsumsiedlungen. Es geht um Profit und dahinter steht eine riesige Kohle-Lobby, die tief verwurzelt in Konzernen, Behörden und Regierung sitzt.

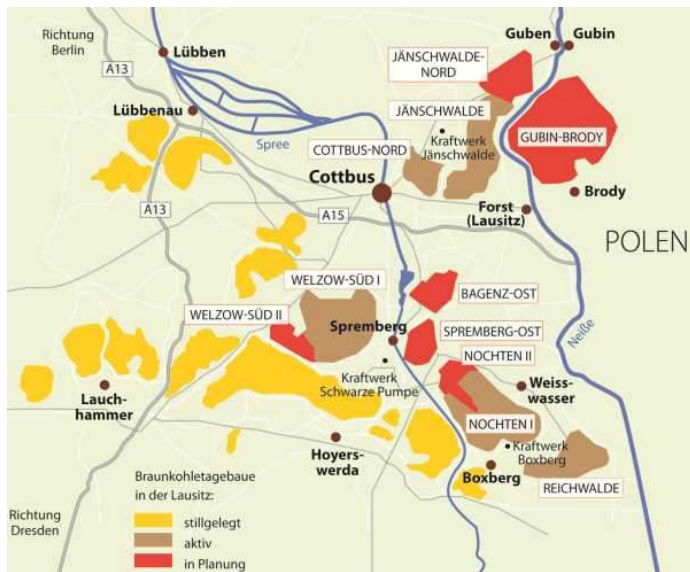
Der schwedische Staatskonzern Vattenfall, der bisher den Abbau in der Lausitz betrieben hat, plant gerade, den Braunkohlesektor zu verkaufen, weil die schwedische Regierung jetzt nämlich „grün“ ist und ihre CO₂-Bilanz deutlich senken will. Und Braunkohle ist, das ist schon bei der schwedischen Regierung angekommen, gar nicht „grün“. Fraglich ist dabei, wie „grün“ es eigentlich ist, die Braunkohlesparte zu verkaufen, anstatt die Tagebaue stillzulegen.

Der neue Käufer, das Energieversorgungsunternehmen EPH mit Sitz in Prag, gilt als sehr undurchsichtig und intransparent. Die EPH tritt in Deutschland schon als Eigentümerin (über drei Ecken) der MIBRAG (Mitteldeutsche Braunkohlengesellschaft mbH) in Erscheinung und hat dort bereits den Ruf eines „Heuschrecken-Unternehmens“, d.h. sie ziehen maximale Gewinne in kurzer Zeit aus der Region, ohne die klimatischen und sozialen Folgen zu bedenken.

Widerstand gegen Braunkohle und das System, das ihn ermöglicht

Von den vier Braunkohlerevieren in Deutschland regt sich vor allem im Rheinland und





Braunkohletagebaue in der Lausitz

zunehmend in der Lausitz Widerstand, der zum Teil ähnlich aufgebaut ist. Zum einen haben wir dort die Bürger*inneninitiativen und lokalen Bündnisse, die oftmals schon sehr viele Jahre aktiv sind. Dann gibt es seit 2010 im Rheinland und seit 2011 in der Lausitz die jährlich stattfindenden Klimacamps. Seit 2011 haben sich im Rheinland außerdem dauerhafte, aktivistische Strukturen gegründet, wie das Projekt Haus Werkstatt für Aktionen und Alternativen (WAA) in Düren und die Kampagne ausgeCO2hlt, seit 2012 schließlich auch die Wald- und Wiesenbesetzung im Hambacher Forst. Anfang März 2016 wurde der Widerstand in der Lausitz um die Waldbesetzung LAUtonomia bereichert. Aus meiner (anarchistischen) Perspektive sind diese letztgenannten Projekte und Besetzungen besonders wichtig, da sie für mehr stehen als den Braunkohlewiderstand. Durch sie und in ihnen können alternative Lebensentwürfe erprobt und gelebt werden und auch thematisch sind sie weiter gefasst. Der Anti-Braunkohle-Kampf ist dabei ein Betätigungs- und Aktionsfeld, das nicht beliebig, aber eben nicht das einzige und wichtigste ist. Kapitalismus und Staat werden hinterfragt und auch andere Themenfelder wie Patriarchat, Sexismus, binäre Geschlechterordnung, Nationalismus, Tieraussbeutung, Militarismus uvm. werden kritisiert und angegriffen. Menschen werden weitergehend politisiert. Zudem sind sie durch ihre lokale Struktur und die unkonventionelleren Aktionsformen ein relevanter Faktor im Widerstand. In den letzten zwei Jahren hinzugekommen ist das überregionale Bündnis Ende Gelände.

Trotz meiner klaren Präferenz, empfinde ich die Mischung der Akteur*innen als vielversprechend: Lokal verankerte Menschen, die die Region kennen und schon lange aktiv sind, Aktivist*innen, die dauerhafte Strukturen aufbauen und mit direkten Aktionen die Kohle-Infrastruktur angreifen, deren Kampf sich aber nicht allein gegen den Kohleabbau richtet und organisierte Massenaktionen wie Ende Gelände, die ein großes, häufig auch positives Medieninteresse auf das Thema lenken. Die Vernetzung der Beteiligten könnte aber vielleicht noch ausgebaut werden.

Ende Gelände und der Aktionskonsens

Ende Gelände stellt sich folgendermaßen vor: „Wir sind ein breiter Zusammenschluss von Menschen aus den Anti-Atom- und Anti-Kohle-Bewegungen, aus den Vorbereitungsgruppen der Klimacamps in Rheinland und Lausitz, von der Waldbesetzung im Hambacher Forst, aus klimapolitischen Graswurzelinitiativen und Bürgerinitiativen, aber auch größeren Umweltorganisationen, aus linken Politgruppen und andere mehr.“¹

Das Bündnis hatte im letzten Jahr vor allem durch eine Massenaktion des zivilen Ungehorsams auf sich aufmerksam gemacht, bei der über 1000 Aktivist*innen die Kohle-Infrastruktur im Tagebau Garzweiler im Rheinland für mehrere Stunden blockiert hatten. In diesem Jahr wurde zu Aktionstagen vom 13. - 16. Mai mobilisiert, die am Ende des Lausitzer Klimacamps stattfanden. Ende Gelände war außerdem Teil der internationalen Aktionswoche Break Free from Fossil Fuels².

Der Aktionskonsens glich im Großen und Ganzen dem vom letzten Jahr. „Wir werden uns ruhig und besonnen verhalten, von uns wird keine Eskalation ausgehen, wir gefährden keine Menschen. Wir werden mit unseren Körpern blockieren und besetzen, wir werden dabei keine Infrastruktur zerstören oder beschädigen. Absperrungen von Polizei oder Werkschutz werden wir durch- oder umfließen und uns auf keine Provokationen einlassen. [...] Unsere Aktion richtet sich nicht gegen die Arbeiter*innen von Vattenfall oder gegen die Polizei.“ Außerdem heißt es: „Wir sind solidarisch mit allen, die Widerstand gegen die Klimazerstörung durch Kohlekraftwerke und gegen die sozialen und ökologischen Folgen fossiler Energieversorgung leisten.“³

Die Begründung für diesen Aktionskonsens ist nachvollziehbar. Er soll den Zugang für eine möglichst breite und heterogene Masse von Menschen ermöglichen, für Menschen, die möglicherweise kaum Aktionserfahrung haben, für Menschen, die möglichst bestimmte Arten von Repression vermeiden wollen. Dennoch gab es auch Kritik daran, zu der ich später noch komme.

Auch in diesem Jahr wurde die Möglichkeit unterstützt, auf der Aktion die Personalien zu verweigern, was bereits im letzten Jahr mehreren hundert Menschen gelungen war. Diese wurden zu großen Teilen nicht einmal vollständig erkenntnisdienlich behandelt. Die Strategie ist aber keine Erfindung von Ende Gelände, sondern wird beispielsweise seit Jahren im Hambacher Forst und neuerdings auch im LAUtonomia-Umfeld angewendet.⁴

Die Aktionstage

Freitag, 13.05

Am Freitag starteten drei Finger (also Splittergruppen) mit insgesamt etwa 1500 Menschen. Es kursierte das Gerücht, dass die Polizei verlauten ließ, sie sei nicht „Babysitter von Vattenfall“. Fast schon witzig - wenn es nicht die Polizei wäre. Nach einer Wanderung von einigen Kilometern durch Wälder, Wiesen und Felder gelangten die Finger an den jeweiligen Zielorten an. Ein Finger besetzte die Schienen an der Verladestation zum Kohlebunker und schließlich auch das Förderband, die anderen beiden gingen in den Tagebau Welzow Süd, wo ein Teil von ihnen einen Bagger „befreite“ und kurzerhand die „Freie



Republik Welzow Süd“ ausrief. Sowohl Bagger als auch Verladestation und Schienen blieben über Nacht durch etwa 300 bis 400 Menschen besetzt.

Parallel dazu hatten am Freitag LAUtonomia- und RoWo-Aktivist*innen begonnen, die Schienen, durch die das Kraftwerk Schwarze Pumpe vom Tagebau Jänschwalde aus versorgt wird, mit einer 800kg schweren Betonpyramide und Lock-Ons zu blockieren. Deren Banner „Schade, dass das Gleis nicht brennt“ dürfte bei der ein oder anderen Person auf Zustimmung gestoßen sein (ist aber natürlich nicht vereinbar mit dem Aktionskonsens). Eine weitere autonome Kleingruppe hatte die Gleise, die vom Tagebau Nochten zur Schwarzen Pumpe führen, durch Anketten besetzt. Somit waren alle drei Zufahrtswege zum Kraftwerk Schwarze Pumpe - zehntgrößter Verursacher von CO₂-Ausstoß in Europa - blockiert.⁵

An den Massenblockadepunkten war die Polizeipräsenz an diesem Freitag sehr gering. Bei den zwei Kleingruppen-Blockaden tauchte aber schnell räumungswillige und gar nicht so freundliche Polizei auf. Die Blockade bei Nochten wurde noch in der Nacht geräumt.

Samstag, 14.05 und Sonntag, 15.05

Am Samstag brachen weitere Finger auf. Zum einen, um die bestehenden Blockaden an der Verladestation und am Bagger zu unterstützen, zum anderen entstand direkt am Kraftwerk Schwarze Pumpe ein zusätzlicher Blockadepunkt mit ungefähr 1000 bis 1500 Menschen. Die LAUtonomia-Pyramide blockierte weiterhin die Zufuhr von Jänschwalde, wurde aber nach etwas mehr als 24h geräumt, wofür das Gleis aufgeflext werden musste.⁶ Eine Person kam aufgrund der Personalienverweigerung in U-Haft.

Die Leistung des Kraftwerks wurde unterdessen um 80% gedrosselt. Ein schönes Symbol dafür war der Schlot, der aufhörte zu rauchen. Am Kraftwerk Schwarze Pumpe überwandten 400 bis 500 Menschen einen Zaun und stürmten das Kraftwerksgelände. Darauf reagierte die Polizei brutal mit Schlagstock- und Pfefferspray-Einsatz. Etwa 130 Personen wurden in Gewahrsam genommen und von der sehr überforderten Polizei bis zum nächsten Tag festgehalten. Die Blockadepunkte am Bagger, an der Verladestation und am Kraftwerk planten eine (weitere)

Übernachtung. Am Abend versammelten sich am Kraftwerk Pro-Braunkohle-Demonstrant*innen und Neonazis, von denen einige hundert später die Aktivist*innen anpöbelten, angriffen und mit Böllern bewarfen. Eine sehr bedrohliche Lage, besonders, da sich in unmittelbarer Nähe auch angekettete Personen befanden, die der Situation nicht so einfach hätten entfliehen können.

Am Sonntag wurden die Blockadepunkte noch mit weiteren Menschen verstärkt, doch um 15 Uhr beendete das Bündnis offiziell die Aktion und die meisten zogen sich freiwillig zurück. Etwas unter hundert Menschen blieben jedoch über das offizielle Ende hinaus, u.a. um angekettete Personen zu unterstützen, die schließlich gegen Abend geräumt wurden.

Ein Erfolg auf ganzer Linie...

Ungefähr 4000 Menschen auf dem Klimacamp, 3500 Menschen beteiligt an den Blockadeaktionen. Über 48h war Kohle-Infrastruktur durchgängig besetzt. Die komplette Abschaltung von Schwarze Pumpe wurde zwar nicht erreicht, aber eine Reduzierung auf 20% Leistung für einen Zeitraum von 36h lässt sich durchaus als Erfolg werten. Viele Menschen haben zuvor mehrere Wochen und Monate leidenschaftlich auf diesen Erfolg hingearbeitet. Mehrere tausend Menschen haben sich ebenso leidenschaftlich, umgeben von diesem Kohlestaub, die Tage und (sehr kalten) Nächte um die Ohren geschlagen.

Der Protest war außerordentlich international aufgestellt, nicht nur, weil er Teil der Break-Free-Aktionswoche war, sondern es konnten Menschen aus Österreich, Belgien, Schweiz, Tschechische Republik, Frankreich, Luxemburg, Niederlanden, Norwegen, Polen, Spanien, Schweden, Großbritannien und weiteren Ländern mobilisiert werden.

Rufe und Banner wie „System Change - Not Climate Change“ oder „No Border, No Nation, No Coal Power Station“ oder „Burn Borders, Not Coal!“ lassen erahnen, dass ebenfalls bei einer (größeren?) Anzahl von Menschen verinnerlicht ist, dass Braunkohle nicht das einzige Übel unserer Zeit ist, dass Braunkohleförderung beispielsweise mit dem Kapitalismus zusammenhängt, dass durch den Beitrag zur Klimaerwärmung Fluchtgründe geschaffen werden etc.

Ein Kommentar der Polizeidirektion Süd macht noch einmal die Vorteile einer Massenaktion im offenen Gelände deutlich: »Das Gelände ist in der Diagonalen 55 km lang, da sind gestern 1600 Leute eingeflossen. Die verteilen sich auf dem gesamten Gebiet. Wie sollen wir da eingreifen?«

Ich gebe zu, diese Erfolge lassen mich nicht kalt. Es erwärmt mein Herz zu sehen, wie Menschen leidenschaftlich für das Thema eintreten, die Bilder verschaffen mir sogar ein bisschen Gänsehaut. Dennoch will sich keine umfassende Euphorie einstellen, einiges trübt die Eindrücke.

...oder vielleicht doch nicht?

Mir ist bewusst, dass das Bündnis Ende Gelände keine homogene Masse ist, im Gegenteil habe ich sogar das Gefühl, dass es ein sehr heterogener

Zusammenschluss ist. Es gibt Menschen darin, die sich als anarchistisch verstehen oder Menschen, deren Aktionsbereitschaft über den Aktionskonsens hinaus geht, Menschen, die die Kritik teilen und auch äußern bzw. eben nicht so handeln, wie ich es im Folgenden kritisiere. Ich beziehe mich hier eher auf die Außendarstellung, in der, meiner Meinung nach, vieles homogenisiert und glatt gestrichen wird.

Wie schon erwähnt, sind Massenaktionen in Zusammenhang mit anderen Aktions- und Organisationsformen ein wesentlicher Bestandteil des Widerstandes. Ich denke aber auch, dass sie oftmals nicht weit über einen symbolischen Status hinaus können. Sie sind nicht auf

Langfristigkeit angelegt und durch die Ankündigung als „friedlicher“ Protest sehr berechenbar. Zudem ist es natürlich eine sehr starre und träge Aktionsform. Konsensfindung in solch großen, heterogenen Gruppen ist langwierig. Das soll nicht gegen diese Form sprechen, nur verdeutlichen, dass Aktionen in homogenen Kleingruppen mobiler und je nach Situation auch erfolgreich(er) sein können. Dass Ende Gelände in diesem Maße erfolgreich war, ist u.a. auch den verschiedenen parallelen Kleingruppenaktionen zu verdanken, die an anderen Orten blockierten oder noch nach dem offiziellen Ende von Ende Gelände dort blieben.

Einen Aktionskonsens zu formulieren, ist sehr sinnvoll. Auch für jede Kleingruppe macht es Sinn, vorher den Aktionsrahmen abzugleichen und der sollte an die Bedürfnisse der Gruppe angepasst sein. Menschen, die diesen Konsens nicht teilen, konnten ja einfach nicht an Ende Gelände teilnehmen oder parallel an anderen Orten Aktionen durchführen. Problematisch empfand ich jedoch, dass im Aktionskonsens zwar nicht explizit von einem gewaltfreien oder

friedlichen Protest geschrieben wird, allerdings war dies mündlich und in anderen Veröffentlichungen oft der Fall. Dadurch wird, wenn auch unbeabsichtigt, automatisch definiert, was gewalttätig ist und somit illegitim sein soll. Wenn im Fall von Polizeigewalt darauf beharrt wird, dass die Aktivist*innen friedlich waren, dass von ihnen keine Gewalt ausging, stellt sich die Frage: Was, wenn doch? Ist Polizeigewalt dann gerechtfertigt? Distanzierung? Endsolidarisierung? Die Diskussion könnte weiter geführt werden, was Gewalt überhaupt ist. Ist es Gewalt, sich Zugang zu fremden Arbeitsplätzen zu verschaffen, Menschen an ihrer Arbeit zu hindern und möglicherweise zu verängstigen? Ist Sabotage Gewalt? Ob ja oder nein, gibt es Fälle in denen Gewalt legitim ist? Die meisten von uns können diese Fragen sicher für sich beantworten, doch diese Antworten werden eben je nach Person unterschiedlich ausfallen. Begriffe wie gewaltfrei und friedlich sind,



meiner Ansicht nach, zu unterschiedlich besetzt, als dass sie wirklich in Frage kommen, um Aktionen zu legitimieren.

An dieser Stelle möchte ich noch die Kritik teilen, die durch die KliCaKloZe, die Klimacamp-Klozeitung, auf dem Camp veröffentlicht wurde. Die erste Ausgabe befasste sich mit NGO-Kritik.⁷ Ende Gelände arbeitet z.T. mit NGOs zusammen, nahm z.T. auch selber NGO-artige Züge an, vor allem, was die (Presse-)Kommunikation und die Außendarstellung angeht. Besonders die ständige positive Dauerbeschallung ist negativ aufgefallen: Alles ist super! Alles ist ein riesiger Erfolg! Die Polizei ist super deeskalativ! ALLE sind friedlich! ALLE halten sich an den Aktionskonsens! DAS ist super! Währenddessen werden Personen, die die Blockadepunkte versorgen wollen, von der Polizei gefeffert, währenddessen sitzt Yu bereits in Haft, währenddessen werden Einzelpersonen, Kleingruppen und später ein Blockadepunkt von besorgten Bürgern und Neonazis abgefangen, mit Böllern angegriffen, verprügelt, Menschen kommen ins Krankenhaus, währenddessen verschwindet eine Person von



LAUtonomia spurlos. Sicherlich ist es sinnvoll, die Menschenmassen zu motivieren und die Erfolge und Leistungen wertzuschätzen. Aber die negativen Ereignisse nicht, sehr viel später oder nur abgeschwächt herauszugeben, ist nicht akzeptabel.

In Ausgabe 2 der KliCaKloZe wurde schließlich auch der kooperative Umgang der Camporganisator*innen mit der „Dorfpolizei“ kritisiert, die jeden Morgen zur Frühstückszeit auf dem Camp vorbei schaute.⁸ Eine Angelegenheit, die einem wirklich das Frühstück und noch mehr verderben konnte. Neu ankommende Menschen wurde informiert, dass dies eben nur die netten Dorfpolizisten von nebenan seien und daher keinerlei Aktionen oder Aggressionen gegen diese gezeigt werden sollen. Während beim Aktionskonsens darauf geachtet wurde, dass das Sicherheitsbedürfnis von möglichst vielen Menschen berücksichtigt wird, wurde durch diesen Polizeiumgang konsequent darüber hinweg agiert, dass es Menschen ein sehr unsicheres Gefühl geben kann, wenn Polizei in ihre vermeintlichen Schutzräume eindringen darf. Auch im Fall von Neonazi-Angriffen gab es die Anweisung, ruhig und friedlich zu bleiben und die Polizei zu rufen. Ob Menschen in einer bedrohlichen Situation die Polizei rufen wollen, liegt im persönlichen Ermessen. Ob mensch sich dann aber auf diese verlassen kann, ist sehr fraglich, wie auch die dortigen Situationen gezeigt haben. In einer Pressemitteilung äußert sich die Klimacamp-Orga folgendermaßen: „Wenn die Polizei Notrufe ignoriert, haben wir ein ernstes Problem in diesem Land. Dieses Wochenende hat mein Bild von der Polizei nachhaltig verändert.“⁹

Wir sind nicht alle, es fehlen die Gefangenen!

Jetzt, wenige Tage nach Ende Gelände, befinden sich vier Gefährt*innen in (Untersuchungs-)Haft. Wie war es dazu gekommen? Yu ist eine Aktivist*in, die im Zuge der LAUtonomia-Pyramidenblockade festgenommen wurde. Wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt soll sie nun bis zu ihrem Prozess für einen Monat im Haft bleiben, da aufgrund der Personalienverweigerung Fluchtgefahr bestehe. Tur*tel war am Samstag, dem 14. Mai, also noch während der Aktionstage, spurlos verschwunden. Dies war besonders besorgniserregend, da es in dieser Zeit viele Angriffe durch Pro-Braunkohle-Aktivist*innen, Neonazis und Polizist*innen gab. Trotz Suchaktionen und der Abfrage aller Polizeiwachen wurde erst am 17. Mai bestätigt, dass sich Tur*tel wegen eines offenen Haftbefehls in der JVA Görlitz befindet.

Am 18. Mai begann die Polizei mit der Räumung von LAUtonomia, die gewaltsam, fahrlässig und bewusst gefährdend ablief. Es kommen 21 Aktivistis in Gewahrsam, zwei von ihnen bleiben in U-Haft. Sie sind dort wegen einer Lock-On-Aktion, die während Ende Gelände durchgeführt wurde und nach der sie zuerst wieder freigelassen wurden. Da bestand offensichtlich noch keine Fluchtgefahr? Der Vorwurf lautet Störung öffentlicher Betriebe in besonders schwerem Fall.

Mensch kann hier ganz deutlich erkennen, wie mit zweierlei Maß gemessen wird. Während Ende-Gelände-Aktivist*innen trotz Verweigerung der Personalien und unter Tatverdacht des schweren Landfriedensbruchs wieder freigelassen wurden und dort scheinbar keine Fluchtgefahr bestand¹⁰, sitzt Yu wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt – einer Standardanklage – für mindestens einen Monat in

U-Haft. LAUtonomia kündigt eine Waldwoche an, da vergisst die Polizei, wie deeskalativ sie ja ist und räumt kurzerhand. Zwei Personen werden während Ende Gelände freigelassen, nachdem sie auf der Besetzung angetroffen werden, sieht das schon ganz anders aus.

Vielleicht ist das so, weil sie sehen, dass durch die Dauerhaftigkeit und Unkalkulierbarkeit von Projekten wie LAUtonomia tatsächlich potenziell mehr Gefahr besteht für ein System, das den Braunkohleabbau unterstützt. Vielleicht ist es wieder nur die alte Leier



von guter Protest - böser Protest. Dies wird zwar vor allem von außen (durch Repressionsorgane) konstruiert, wird aber, meiner Meinung nach, dadurch unterstützt, dass Ende Gelände sehr explizit betont, dass ihr Protest friedlich war. Das konstruiert eine Gegensätzlichkeit von friedlich und gewalttätig, von legitim und illegitim. In einer Pressemitteilung fordert Ende Gelände die Freilassung der Gefangenen. „Wer für eine Aktion im Rahmen von Ende Gelände inhaftiert wird, geht uns alle an. [...] Die Ankett-Aktionen und Betonpyramiden waren



wichtiger Teil der Aktion zivilen Ungehorsams gegen die Kohlekraft. Sie haben keine Menschen gefährdet und keine Kohleinfrastruktur zerstört und entsprachen damit dem Aktionskonsens von Ende Gelände.“ Dies wirft ganz klar die Frage auf, wie die Äußerung ausgesehen hätte, hätten die Aktionen nicht in den Aktionskonsens gepasst. Es handelt sich auch nicht um eine Solidaritätserklärung im eigentlichen Sinne (das Wort kommt nicht einmal vor), die Räumung von LAUtonomia, dessen Aktionen sicherlich nicht immer dem Aktionskonsens entsprechen würden, wird nur am Rande erwähnt. Die Räumung und die Inhaftierung der Gefährt*innen machen mich wütend und traurig. Was wir (vorerst) tun können, ist den Gefangenen Briefe zu schreiben (macht das echt)¹¹ und Soliaktionen zu organisieren.

Was bleibt zum Schluss zu sagen: Ich hoffe Ende Gelände kann weiterhin Massen mobilisieren und dazu beitragen, den Anti-Braunkohle-Widerstand auszuweiten. Ich hoffe aber auch, dass sie sich in Sachen Solidarität zukünftig mehr trauen und sich dafür etwas zurückhalten zu definieren, was friedlich (und somit im Gegensatz gewaltsam) und was legitim (und in Abgrenzung dazu illegitim) ist. Weniger Homogenisierung und mehr Mut zur Heterogenität wären ebenfalls nicht schlecht. Und vielleicht ist auch nicht immer ALLES super?

Zudem können wir aufmerksam gespannt sein, ob sich die Ankündigung von LAUtonomia bewahrheitet: „LAUtonomia ist ein langfristiges Projekt. Wir sind hierher gekommen, um zu bleiben, und langfristig emanzipatorische Politik zu machen. Deshalb steht für uns fest: Nach einer Räumung werden wir wieder besetzen!“¹²

Und wenn Ende Gelände eine „Spur der Verwüstung“ hinterlassen hat¹³, was macht dann eigentlich Vattenfall in der Lausitz (oder RWE im Rheinland), was hat die Polizei nach der Räumung von LAUtonomia hinterlassen?

Endnoten

¹ <https://www.ende-gelaende.org/de/ueber-uns/>.

² Insgesamt fanden 20 Massenaktionen auf 6 Kontinenten mit über 30.000 Teilnehmer*innen statt. Weitere Infos: <https://breakfree2016.org/>.

³ Ganzer Aktionskonsens hier:

<https://www.ende-gelaende.org/de/aktion/aktionskonsens/>

⁴ Dort ist es inzwischen üblich, die Betroffenen für mehrere Wochen in Untersuchungshaft zu behalten. Besonders, wenn mensch länger in den Strukturen aktiv bleiben möchte, spricht dennoch einiges für die Praxis, allein schon um Unterlassungsklagen zu vermeiden. Für eine Massenaktion bietet es sich insofern an, da es die Polizeiarbeit verlangsamt, sie damit überfordert sind, mehrere hundert Menschen erkennungsdienstlich zu behandeln oder für längere Zeit festzuhalten und für die betreffenden Personen wahrscheinlich keine juristischen

Konsequenzen folgen. Dennoch kann es auch wichtig für Menschen sein, ihre Personalien abzugeben, da der Polizeikontakt ansonsten weitaus unangenehmer werden kann, dafür müssen diese Personen juristische Konsequenzen fürchten. Eine individuelle Entscheidung also. Ende Gelände Statement zur Personalienverweigerung: <https://www.ende-gelaende.org/de/aktion/rechtliches/>.

⁵ Kohlekraftwerke verfügen i.d.R. über einen Kohlebunker, der das Kraftwerk auch im Fall von Lieferschwierigkeiten noch versorgen kann. Soweit mir bekannt reichen die Vorräte der Schwarzen Pumpe für etwa 24h bei maximalem Betrieb und entsprechend länger bei reduziertem Betrieb. In der Lausitz ist es im Gegensatz zum Rheinland außerdem üblich, dass der Tagebaubetrieb nicht rund um die Uhr stattfindet. Das Kraftwerk muss allerdings durchgängig laufen. Nach einer Abschaltung wäre es frühestens nach einem Tag wieder einsatzbereit.

⁶ <http://www.graswurzel.tv/v270.html>

⁷ <https://linksunten.indymedia.org/en/node/178593>

⁸ <https://linksunten.indymedia.org/en/node/178727>

⁹ <https://www.lausitzcamp.info/pressemitteilung-vom-18-05-2016-groesstes-lausitzcamp-aller-zeiten-war-voller-erfolg/#more-5305>

¹⁰ Deren Freilassung befürworte ich natürlich sehr. Ich will damit auch nicht die Behandlung der während Ende Gelände Festgenommenen herunterspielen, die in keiner Weise akzeptabel war.

¹¹ Alle Infos über die Gefangenen und wie ihr ihnen schreiben könne: <https://abcrhineland.blackblogs.org/>.

¹² <http://lautonomia.blogspot.eu/das-projekt/raeumung-und-was-nun/>

¹³ Laut Vattenfall sei angeblich ein Schaden von mehreren hunderttausend Euro entstanden. Es wurden angeblich manipulative Anlagen an den Schienen angebracht, Signalanlagen manipuliert, eine Bombenattrappe versteckt. Die Kohleverladungsbrücke sei schwer beschädigt worden etc. <http://www.sz-online.de/sachsen/kohlegegner-hinterlassen-hohen-schaden-3397970.html> und blog.vattenfall.de/nachdem-protest-im-lausitzer-revier-eine-bilanz/.

► 1 Tonne Kohle = 1 Tonne CO₂

► niedriger Wirkungsgrad (nur 30-40% der in der Kohle enthaltenen Energie kann auch genutzt werden)

► Braunkohlereviere in Deutschland: Rheinisches Revier (RWE), Lausitzer Revier (Vattenfall), Mitteldeutsches Revier (MIBRAG), (Helmstedter Revier (MIBRAG))

► Etwa 20% des weltweiten Braunkohleabbaus findet in Deutschland statt (Platz 1)

► nur rentabel durch Subventionen (4,5 Mrd. €/Jahr durch direkte und indirekte Begünstigungen)





Einige Gedanken zu den Anarchistischen Tagen in Jena 17.-22. Mai

Seit dem libertären Tag 2011 fand in Jena kein offenes anarchistisches Treffen für Vernetzung und inhaltlichen Austausch mehr statt. Insofern organisierten wir mit den Anarchistischen Tagen eine Reihe von Veranstaltungen, die in der politischen Landschaft hier etwas Seltenes darstellen.

★ Von: ein Mensch der Orga-Gruppe

Auch wenn wir selbstverständlich ab und an einzeln Vorträge organisiert oder selbst Diskussionen geleitet haben. Uns war es wichtig, in unserem eigenen Gruppenprozess mit den verschiedenen politischen Tätigkeiten, denen wir jeweils nachgehen, ein größeres und zugänglicheres Ereignis zu schaffen, als es bei uns einzelnen, verstreuten Anarch@s oftmals üblich ist. Es schien uns naheliegend mit anderen Menschen, hier vor Ort und auch aus anderen Städten, ins Gespräch zu kommen. Wir wollten uns darüber austauschen, was Anarchismus heute für uns bedeutet, ob und wie wir uns als Anarchist*innen bezeichnen sollten oder nicht und wo die kleine und vielfältige anarchistische Bewegung steht.

Die Auswertung unseres Organisationsprozesses, der gleichzeitig zu Teilen wohl auch ein Gruppenbildungsprozess war, steht noch aus. Darum schreibe ich diese Zeilen als Einzelperson und nicht für alle Beteiligten. Darin zeigt sich schon eine unserer wesentlichen Feststellungen aus unseren bisherigen Erfahrungen: Wir sind sehr unterschiedliche Menschen, verkörpern verschiedene anarchistische Perspektiven und tragen sie zusammen. Die Frage, wie damit sinnvoll umzugehen ist, kann sehr unterschiedlich beantwortet werden. Pluralität, sowohl von Charakteren als auch von unterschiedlichen politischen Vorstellungen her, ist oftmals sehr anstrengend. Gleichzeitig ist es aber auch erforderlich, damit wir uns nicht dogmatisch Ideologien unterwerfen oder interne Hierarchien aufbauen - anders gesagt, von beiden tatsächlich freier zu werden und damit bei uns selbst zu beginnen.

Das geplante Wochenende wollten wir nicht komplett voll packen, sondern viel Raum für informellen Austausch lassen. Deswegen hörten

wir zum Auftakt am Dienstag einen Vortrag über Horst Stowassers „Projekt A“, über das ausgiebig diskutiert wurde, sahen am Mittwoch den Film „Lucio Urtubia – Maurer und Anarchist“ und gaben am Donnerstag einen Einführungsworkshop. Dann begann das Wochenende mit einigen Gästen aus anderen Städten. Wir starteten mit zwei Workshops zu Anarchosyndikalismus und „Anarchismus und Identität“ und hatten abends eine Podiumsdiskussion über „Soziale Kämpfe in Jena aus einer anarchistischen Perspektive“. Am Sonnabend gab es einen Workshop zur „praktischen Herrschaftskritik“ und am Nachmittag tauschten wir uns locker auf einem „Schwarzmarkt der Möglichkeiten“ aus, bei dem verschiedene Gruppen ihre jeweiligen Projekte und Ansätze vorstellten. Abends diskutierten wir in der großen Gruppe über „unsere anarchistischen Perspektiven“. Fragen waren unter anderem unser Anarchismus-Verständnis, wie mit dem Label „Anarchismus“ umgegangen werden kann und sollte und wie wir als Bewegung zusammenfinden und zusammenarbeiten können. An beiden Abenden saßen wir gemütlich bei Getränken zusammen und es fanden noch viele nette Gespräche statt. Sonntag nutzten wir auch die Gelegenheit, uns in vertrauterer Atmosphäre stärker zu vernetzen.

Unsere Auswertung wird, wie erwähnt, noch etwas Zeit in Anspruch nehmen. Dennoch hatten wir bei den meisten Veranstaltungen ein gutes Gefühl, was die Anzahl der Menschen und unsere jeweiligen Diskussionen anging. Wie so oft, schien mir das eher ein Auftakt zu sein, auf dessen Grundlage weiter diskutiert, vernetzt und gearbeitet werden kann und gerade diesen haben wir meiner Wahrnehmung nach machen können. Dabei ist es wichtig, unsere Ansichten gemeinsam zu reflektieren, weiter zu entwickeln und sie von Zeit zu Zeit auch ganz offen und selbstbewusst vorzutragen. Logischerweise kommt es immer

**30**[改道] **Gai Dao**

N°66 - Juni 2016

ganz auf die Zusammenhänge an, in denen wir jeweils als Anarchist*innen Position beziehen und was das in unterschiedlichen Kontexten konkret bedeutet.

So befinden wir uns immer in Spannungsfeldern zwischen sehr bestimmten Verständnissen, Weltanschauungen und Perspektiven einerseits und andererseits der Anknüpfung an die sogenannte „Öffentlichkeit“, deren Teil wir ja auch sind. Das Szenegeklüngel ist wichtig und unter gegenwärtigen Herrschaftsverhältnissen oft leider auch notwendig. Trotzdem können wir nicht dabei stehen bleiben, sondern sollten uns selbst in unserer Exklusivität Fragen stellen, sowie vielen Menschen Herrschaftskritik und emanzipatorische Gedanken vermitteln – nicht nur durch Worte, sondern vor allem in konkreten emanzipatorischen Kämpfen. Entscheidend dafür ist, sich nicht selbst schon von vorne herein auf der „richtigen“ Seite zu wissen, sondern inhaltlich, politisch und menschlich weiter zu kommen, sich über die eigenen Standpunkte bewusst zu werden und sie immer wieder im gemeinsamen Austausch darüber voran zu bringen. Unsere Positionen bilden sich nicht allein in Abgrenzung zu rechten Tendenzen, der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, der durch den Staat strukturierten Herrschaft oder auch der Kritik an linken Politiken heraus. Vielmehr können wir uns auf den Weg begeben, anarchistische Grundlagen und emanzipatorische Anknüpfungspunkte zu entdecken und sie zu aktualisieren.

Dies wollen wir gerade auch in einer vergleichsweise kleinen Stadt wie Jena, die dennoch für Thüringen einen ganz wichtigen Bezugspunkt für emanzipatorische Politik darstellt und eben darum auch wieder verstärkt von Nazis und Rechtspopulist_innen heimgesucht wird,

erreichen. In einer Situation, wo antifaschistische Aktivitäten uns sehr stark einnehmen, bleibt es wichtig auch eigene Themen weiter zu verfolgen und eigene Kämpfe zu führen. Bei uns finden sie sich unter anderem in feministischen Auseinandersetzungen, der Antirepressionsarbeit, Arbeitskämpfen, in der Gefangenensolidarität, Bildungsarbeit oder den Versuchen emanzipatorische Räume aufzubauen – wofür die Hausbesetzungen 2013 und 2014 Beispiele sind. In einem Bundesland, wo die Linkspartei den Ministerpräsidenten stellt und auf ihre Staatstragende Weise die wenigen autonomen sozialen Kämpfe vereinnahmt oder unterdrückt, haben wir es dabei mit einer besonderen Konstellation zu tun. Eine kleine Aktion in diesem Zusammenhang war die Besetzung des Büros der Linkspartei am 11. Mai, aus Protest gegen die Abschiebepolitik der Landesregierung. So stellen auch unsere Anarchistischen Tage einen (kleinen) Beitrag für die Formulierung außerparlamentarischer, emanzipatorischer Positionen dar, von denen ich mir wünsche, dass wir sie weiter ausbauen und sich mehr Menschen ermächtigen, gegen die vielfältigen Herrschaftsverhältnisse aufzubegehren und Beziehungen der Kooperation und Freiwilligkeit zu verwirklichen.

Falls wir eine Auswertung schreiben, schaut gern auf unseren Blog zu den Tagen: antje.noblogs.org.



Anzeigen





FdA hautnah

Regelmäßige Termine von Gruppen der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen.

BERLIN

Anarchistisches Kaffeekränzchen: Offener Stammtisch
4. Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Café Morgenrot, Kastanienallee 85, Prenzlauer Berg (U2 Eberswalder Str.)

Tresen der Anarchistischen Gruppe Neukölln (AGN)
Jeden 2. Freitag und 4. Samstag im Monat ab 21 Uhr, F54, Friedelstraße 54 (U7 / U8 Hermannplatz). Der Tresen ist immer mit wechselndem Programm, Infos dazu auf der Website.

Vokü der Anarchistischen Gruppe Neukölln (AGN)
Jeden 3. Dienstag im Monat ab 20 Uhr, F54, Friedelstraße 54 (U7 / U8 Hermannplatz)

Libertärer Podcast des Anarchistischen Radios Berlin
Jeden 1. des Monats mit einem ernsten und satirischen Rückblick des Vormonats. Daneben verschiedene Sendungen und Hinweise im Laufe des Monats. aradio.blogspot.de

Bunter Abend vom Anarchistischen Kollektiv Glitzerkatapult
An einem Dienstag im Monat ab 18 Uhr, Linienstraße 206 (U8 Rosenthaler Platz)
Veranstaltungsabend mit wechselndem Programm und Küfa
(Infos: bunterabend.blogspot.de)

BONN

Offenes Treffen der ASJ Bonn
Jeden 1. Mittwoch im Monat um 19 Uhr im Netzladen, Breitestraße 74, Bonn

DRESDEN

Wanderungen der Schwarz-Roten Bergsteiger*innen
Auf Anfrage mit mind. 3 Wochen Vorlauf an akfreizeit@riseup.net
Wanderungen, Übernachtungen, politisch-historische Führungen gegen Spende für lokale Projekte im Raum Dresden und Sächsische Schweiz

Offener FAU-Stammtisch des Allgemeinen Syndikats Dresden
Jeden 2. Mittwoch im Monat, 20 Uhr in der Kneipe „Cafe 100“
Alaunstraße, Dresden-Neustadt

Gewerkschaftliche Beratung der FAU und BNG
Jeden Donnerstag 18-20 Uhr, WUMS e.V., Columbusstraße 2, Dresden-Löbtau

café – feminismus zum kennen lernen
Jeden 3. Sonntag im Monat, Brunch ab 14 Uhr, Input ab 16 Uhr
(manchmal mit Anmeldung, manchmal kurzfristige Änderung, also lieber nochmal online checken: evibes.blogspot.de/cafe)
kosmotique, Martin-Luther-Straße 13, Dresden-Neustadt

HEIDELBERG

A-Kneipe
Jeden 1. Samstag im Monat, ab 19:30 Uhr
im Gegendruck, Fischergasse 2, Heidelberg-Altstadt

KAISERSLAUTERN

AI-Kneipeowend
Jeden 1. Freitag im Monat, ab 21:00 Uhr im Roachhouse (Richard-Wagner-Str. 78)

KARLSRUHE

Offenes Plenum der Libertären Gruppe Karlsruhe
Jeden 4. Mittwoch im Monat ab 19:30 Uhr
in der Viktoriastr. 12 (Hinterhaus), 76133 Karlsruhe

Anarchistisches Radio
Jeden 2. Sonntag 18-20 Uhr, Querkunk 104,8 MHz oder querkunk.de

KÖLN

Offenes Anarchistisches Forum
Jeden 1. Freitag im Monat ab 19 Uhr im Infoladen des Autonomen Zentrums
Luxemburger Str. 93, Neustadt-Süd, Köln

LEIPZIG

Offenes Plenum der Anarchosyndikalistischen Jugend (ASJL)
Jeden Montag ab 20 Uhr in der Wurze, (Wurznerstr. 2), 04315 Leipzig

ASJ VEKÜ (Vegane Küche)
Jeden letzten Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Atari (Kippenbergstr. 20, 04317 Leipzig)

Minijobberatungsstunde der Anarchosyndikalistischen Jugend (ASJL)
Kontakt über Plenum, Vekü oder E-Mail

LUDWIGSBURG

Anka L – das monatliche Antifa-Café des Libertären Bündnis Ludwigsburg (LB)* (+ Vokü)
Jeden 4. Mittwoch im Monat ab 19:30 Uhr im DemoZ, Wilhelmstr. 45/1, Ludwigsburg

MÜNCHEN

Anarchistisches Café "Schwarzer Donnerstag" + Vokü
Jeden 2. Donnerstag Abend im Monat im Kafe Marat, Thalkirchnerstraße 102, 80337 München

NÜRNBERG

Auf-der-Suche-Kneipe mit Vokü
Jeden 3. Mittwoch im Monat ab 19 Uhr im Projekt 31, An den Rampen 31, 90443 Nürnberg

WITTEN

Schwarzer Tresen der Anarchistischen Gruppe östliches Ruhrgebiet
Jeden letzten Freitag im Monat ab ca. 19 Uhr mit Gustav-Landauer-Bibliothek
Witten, Trotz Allem, Augustastr. 58



Unser Ziel ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Grenzen, Klassen und Staaten auf Grundlage der freien Vereinbarung, der gegenseitigen Hilfe und des anarchistischen Föderalismus, der durch gebundene Mandate seitens der Basis gekennzeichnet ist. Diese Gesellschaft soll pluralistisch sein, damit unterschiedliche Lebensentwürfe und kollektive Grundordnungen gleichberechtigt – verbunden durch den Föderalismus – erprobt, gelebt und umgesetzt werden können. Da wir jede Herrschaft über und Ausbeutung von Menschen ablehnen, setzen wir uns ein für die Abschaffung aller Formen von Herrschaft und Ausbeutung in kultureller, politischer, sexueller, sozialer, wirtschaftlicher oder sonstiger Hinsicht.

Die FdA will auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens an die föderalistischen Ideen anknüpfen und sie den Erfordernissen der heutigen Zeit anpassen. Im anarchistischen Föderalismus sehen wir die Grundlage einer wirklichen und dauerhaften Selbstverwirklichung, die allein die Gewähr für Freiheit, Gleichheit und Solidarität gibt. Wir streben keine Übernahme, sondern die Abschaffung der politischen Herrschaft an.

Erst Gemeinschaften ermöglichen die gegenseitige Hilfe und bilden die Grundlage, auf der eine anarchistische Gesellschaft wachsen kann. Informelle, unverbindliche Zufallsbegegnungen sind für diese Gemeinschaft nicht ausreichend. Deshalb organisieren wir uns, um Solidarität zu leben, Mut zum Handeln zu geben und die Wirksamkeit unseres Handelns zu steigern.

KONTAKTE

Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen

Kontakt: fda-organisation@riseup.net
fda-ifa.org

Internationale der Anarchistischen Föderationen

Kontakt: secretariat@i-f-a.org
i-f-a.org

A4-Druckereikollektiv (Zürich)

Kontakt: info@a4druck-ch
a4druck.ch

Berlin

Anarchistisches Radio Berlin
Kontakt: aradio-berlin@riseup.net
aradio.blogspot.de

Anarchistische Gruppe Neukölln
Kontakt: agn-berlin@riseup.net
anarchistischegruppe.noblogs.org

Anarchistisches Kaffeekränzchen

Anarchistisches Kollektiv Glitzerkatapult
Kontakt: glitzerkatapult@riseup.net
glitzerkatapult.blackblogs.org
bunterabend.blogspot.de

Dresden

AK Freizeit
Kontakt: akfreizeit@riseup.net
libertaeres-netzwerk.org

IK Dokumentation
libertaeres-netzwerk.org

Anarchistische Föderation Rhein/Ruhr

Kontakt: afr@riseup.net
afrheinruhr.blogspot.de

Anarchistische Gruppe Dortmund

Kontakt: agdo@riseup.net
ag-do.de

Anarchistische Gruppe östliche Ruhrgebiet

Kontakt: agoer@riseup.net
afrheinruhr.blogspot.de

Anarchistische Gruppe Krefeld

Kontakt: agkrefeld@riseup.net
agkrefeld.blogspot.de

Anarchistisches Kollektiv Köln
Kontakt: anarchikoeln@riseup.net
apjkoeln.blogspot.de

Schwarze Ruhr-Uni Bochum
Kontakt: schwarze-ruhr-uni@riseup.net
schwarzerub.blogspot.de

Auf der Suche (Nürnberg)

Kontakt: aufdersuche@riseup.net
aufdersuche.blogspot.de

Lava Muc - Anarchistische Assoziation

Kontakt: lava-muc@riseup.net
lavamuc.noblogs.org

Karakök Autonome Türkei/Schweiz

Kontakt: laydaran@immerda.ch
karakok.org

Anarchistisches Netzwerk Südwest*

Kontakt: info@a-netz.org
a-netz.org

Anarchistische Gruppe Mannheim

Kontakt: info@anarchie-mannheim.de
anarchie-mannheim.de

Anarchistische Initiative Kaiserslautern

Kontakt: ainkl@riseup.net
anarchistische-initiative-kl.blogspot.de

Anarchistisches Netzwerk Tübingen

Kontakt: anarchistisches-netzwerk-t@riseup.net
ant.blogspot.de

Libertäres Bündnis Ludwigsburg

Kontakt: lb-hoch2@riseup.net
lbquadrat.org

Libertäre Gruppe Heidelberg

Kontakt: libertaeregruppe-hd@posteo.de
anarchieheidelberg.blogspot.de

Libertäre Gruppe Karlsruhe

Kontakt: lka@riseup.net
lka.tumblr.com

Nigra

Kontakt: nigra@riseup.net
nigra.noblogs.org

ASJ Bonn

Kontakt: asjbonn@riseup.net
asjbonn.blogspot.de

ASJ Leipzig

Kontakt: asj-leipzig@riseup.net
asjl.blogspot.de

Libertäre Aktion Frankfurt Oder

Kontakt: libertaere-aktion-frankfurt-oder@riseup.net
lafo.blogspot.eu

Schwarz Lila Antifa (Thüsterberg)

Kontakt: mail-an-schwarzesbrett@web.de
schwarzesbrettleineweserbergland.wordpress.com

ASJ Göttingen

Kontakt: asjgoe@ungehorsam.ch
asjgoe.blogspot.de

Assoziierte Projekte

Allgemeines Syndikat Dresden

Kontakt: faudd@fau.org
fau.org/ortsgruppen/dresden

Anarchistisches Forum Köln

Kontakt: a.f.koeln@riseup.net
anarchistischesforumkoeln.blogspot.de

e*vibes (Dresden)

Kontakt: e_vibes@riseup.net
evibes.org